

## Armut und Reichtum in Kärnten

Wien, Dezember 2009

## INHALT:

Was ist „Armutgefährdung“ und „Armut“ .....	3
Armutgefährdung und Armut in Kärnten.....	6
Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutgefährdung und Armut.....	7
Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutgefährdung und Armut.....	12
Bildung verringert das Armutrisiko .....	13
Über 24.300 PensionistInnen in Kärnten armutgefährdet.....	15
„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutrisiko.....	17
Über 11.500 armutgefährdete MigrantInnen in Kärnten .....	19
Kleine Kinder erhöhen das Armutrisiko deutlich.....	20
Geringe soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt .....	23
Folgen von Armut für die Gesundheit .....	24
Folgen für die soziale und kulturelle Teilhabe.....	25
Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutgefährdung .....	27
Anstieg der Haushaltsausgaben.....	28
Wohnkosten in Kärnten unterdurchschnittlich.....	30
Verschuldung erhöht Armutgefährdung stark.....	32
Reichtum nimmt auch in Kärnten zu .....	32
Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument.....	42
Zusammenfassung.....	51
Quellenverzeichnis .....	53

## Was ist „Armutsgefährdung“ und „Armut“

Wie es um Armut und Armutsgefährdung in Österreich steht, darüber gibt der „Sozialbericht“ des Sozialministeriums Auskunft.<sup>1</sup> Dieser wiederum stützt sich seit kurzem auf eine jährliche repräsentative Befragung österreichischer Haushalte (EU-SILC) durch die Statistik Austria.<sup>2</sup>

Armutsgefährdung wird über Einkommen definiert, weil dieses am einfachsten messbar ist. Menschen mit weniger als 60% des Medianeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet. Armutsgefährdet waren demnach zuletzt (2007) in Österreich Menschen, die folgende Nettoeinkommen nicht erreichten:

Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen 2007<sup>3</sup>

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro	Monatswert netto in Euro	Jahreswert durch 14
Einpersonenhaushalt	10.945	912	782
1 Erwachsener und 1 Kind	14.228	1.186	1.016
2 Erwachsene	16.417	1.368	1.173
2 Erwachsener und 1 Kind	19.701	1.641	1.407
2 Erwachsener und 2 Kinder	22.984	1.915	1.642
2 Erwachsener und 3 Kinder	26.268	2.189	1.876

Erste Zahlen des Berichts 2008 geben als Armutsgefährdungsschwelle für Einpersonenhaushalte 11.406 Euro pro Jahr oder 951 Euro pro Monat an. In einem Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern liegt dieser Wert bereits bei 23.953 Euro pro Jahr oder 1.996 Euro pro Monat, um nicht in den Bereich der monetären Armutsgefährdung zu rutschen.

Auskunft darüber, in welcher Intensität Menschen von Einkommensarmut betroffen sind, gibt die Armutsgefährdungslücke. Diese kann „als Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle“<sup>4</sup> (in Prozent) interpretiert werden. Demnach lag das Einkommen der armutsgefährdeten ÖsterreicherInnen im Jahr 2007 durchschnittlich um 17,3% unter dem Schwellenwert von 60% des Medianeinkommens.<sup>5</sup> Bei armutsgefährdeten Einpersonenhaushalten lag das monatliche Durchschnittseinkommen also de facto bei 752 Euro netto (mal 14: 647 Euro), zwei Erwachsene mit einem Kind mussten mit durchschnittlich 1.357 Euro netto im Monat auskommen (mal 14: 11.64 Euro).

Mit dieser rein einkommensorientierten Sichtweise wird allerdings nicht das tatsächliche Ausmaß von Armut erfasst. Vor allem Ausgaben, finanzielle Belastungen, individuelle Lebenslagen und Kostenstrukturen, aber auch verminderte Verwirklichungschancen werden dabei nicht berücksichtigt, was als Schwäche dieser rein einkommensbezogenen Definition

<sup>1</sup> der letzte „Sozialbericht 2007-2008“ erschien im Jänner 2009

<sup>2</sup> zuletzt erschienen: Statistik Austria, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2007 (EU-SILC), Wien, März 2009

<sup>3</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.30

<sup>4</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.32

<sup>5</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.32

von Armutsgefährdung kritisiert wird. Einerseits haben zahlreiche Menschen, die rein aufgrund ihres Einkommens als nicht armutsgefährdet eingestuft werden, aufgrund ihrer Lebenshaltungskosten Benachteiligungen und Probleme. Um prekäre Lebenslagen und soziale Teilhabechancen besser beurteilen zu können, werden daher immer häufiger auch nichtmonetäre Indikatoren einbezogen.

Von finanzieller Deprivation wird gesprochen, wenn mangelnde Teilhabe in zentralen Bereichen der Lebensführung auftritt. Darunter versteht man, dass es sich die Betroffenen nicht leisten können ihre Wohnung angemessen warm zu halten, unerwartete Ausgaben wie Reparaturen zu tätigen, abgetragene Kleidung zu ersetzen, regelmäßige Zahlungen (wie Miete oder Betriebskosten) zeitgerecht zu begleichen, notwendige Arztbesuche in Anspruch zu nehmen, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vegetarisch zu essen oder einmal im Monat jemanden zum Essen einzuladen. Erst wenn zumindest zwei dieser Merkmale gleichzeitig auftreten, wird von finanzieller Deprivation gesprochen.

Von manifestem Armut wird nur dann gesprochen, wenn Einkommensmangel und Deprivation in zentralen Lebensbereichen gemeinsam auftreten. Bei 398.000 (der knapp 1 Mio. armutsgefährdeten) Menschen in Österreich bzw. 5% der Bevölkerung zeigte sich 2007 neben dem unzureichenden Einkommen (Armutsgefährdung) zusätzlich Deprivation.<sup>6</sup>

Primäre Benachteiligung der Lebensführung ist das Unvermögen, sich grundlegende Dinge leisten zu können und das Auftreten von zumindest drei der folgenden Probleme: Der Haushalt kann es sich nicht leisten einmal im Jahr Urlaub zu machen, die Wohnung angemessen warm zu halten, bei Bedarf neue Kleider zu kaufen, Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Speise jeden zweiten Tag zu essen, unerwartet anfallende Ausgaben zu tätigen oder der Haushalt ist mit Zahlungen im Rückstand.

So lebten zuletzt (2007) in Österreich 2,1 Mio. Menschen (ein Viertel der Bevölkerung) in Haushalten, die sich keinen Urlaub leisten können. Über 2,3 Mio. ÖsterreicherInnen lebten in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben tätigen können. Hier zeigt sich, dass weit mehr Menschen als die „Armutsgefährdeten“ von mangelnder Teilhabe an zentralen Bereichen der Lebensführung betroffen sind. 685.000 konnten es sich nicht leisten, jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch zu essen, 568.000 konnten sich keine neuen Kleider kaufen. 328.000 waren 2007 mit ihren Zahlungen im Rückstand und 214.000 ÖsterreicherInnen konnten aus finanziellen Gründen ihre Wohnung nicht angemessen warm halten.<sup>7</sup>

Sekundäre Benachteiligung der Lebensführung bedeutet der erzwungene Verzicht auf als erstrebenswert geltende Güter; wenn zumindest drei der folgenden Gebrauchsgüter im

---

<sup>6</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.50

<sup>7</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.114

Haushalt aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden können: PC, Handy, Internet-Anschluss, DVD-Player, Geschirrspülmaschine, PKW.

Mangelnde Teilhabe im Bereich Gesundheit bedeutet, wenn zumindest zwei der folgenden Probleme auftreten: ein sehr schlechter Gesundheitszustand, durch eine Behinderung stark beeinträchtigt, eine chronische Krankheit.

Wohnungsprobleme bedeutet, wenn zumindest zwei der folgenden Probleme auftreten: kein Bad/Dusche oder kein WC in der Wohnung, Schimmel oder Feuchtigkeit, dunkle Räume, keine Waschmaschine.

Und Umwelt/Wohnumfeldprobleme bedeutet, wenn zumindest zwei der folgenden Probleme auftreten: Probleme in der Wohngegend durch Lärmbelästigung, Luft- oder Wasserver- schmutzung durch Verkehr oder Industrie, Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus.

Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Österreich stieg – wie aus den Sozialberichten hervorgeht - von 11% im Jahr 1999 auf 12% im Jahr 2001 und auf 13,2% im Jahr 2003. 2004 und 2005 sank sie geringfügig auf 12,8 bzw. 12,3% um 2006 wieder auf 12,6% zu steigen. Im Jahr 2007 betrug die Armutsgefährdungsquote 12%, ein leichter Anstieg ergibt sich 2008 erneut mit 12,4%. Mit dieser **Armutsgefährdungsquote lag Österreich im europäischen Vergleich relativ gut**. Am geringsten war die Armutsgefährdungsquote in Staaten mit ausgeprägten öffentlichen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wie Island und den Niederlanden (mit Quoten von 10%). Am höchsten waren die Armutsgefährdungsquoten in Südeuropa sowie Großbritannien und Irland und einigen der neuen EU-Beitrittsländer (mit Werten um die 20%).<sup>8</sup>

Aus den **Veränderungen der Armutsgefährdungsquote** in Österreich während der letzten Jahre kann nicht auf eine tatsächliche Veränderung der Armutsgefährdung geschlossen werden, denn „*die Veränderung gegenüber 2006 ist im Bereich der statistischen Zufallschwankung*“, sagt der Bericht der Statistik Austria.<sup>9</sup> Der Sozialbericht 2003/2004 räumte aber ein, dass „*steigende Arbeitslosenzahlen seit 2000 und der Anstieg von Sozialhilfebezieher/innen ein Hinweis auf eine mögliche Zunahme von Armutsgefährdung und Einkommensverlust für die unteren Einkommensschichten in Österreich*“<sup>10</sup> sein könnten bzw. ergänzende Daten zu Sozialhilfe, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit notwendig seien, was u.a. mit dieser Arbeit versucht wird.

Tatsächlich **stieg die Zahl der arbeitslosen Menschen**<sup>11</sup> in Österreich in den letzten Jahren zuerst von 232.418 im Jahr 2002 auf 252.654 im Jahr 2005, nahm aber in den Folgejahren auf 212.253 im Jahr 2008 ab. 2009 ist ein starker Anstieg zu erwarten.<sup>12</sup> Die **Zahl der Sozi-**

---

<sup>8</sup> epp.eurostat.ec.europa.eu/, Stand 27.10.2009

<sup>9</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.15

<sup>10</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.215

<sup>11</sup> Verwendet werden immer die Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt

<sup>12</sup> AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

**alhilfeempfängerInnen erhöhte sich** in Österreich von 148.983 Personen im Jahr 2001 auf 213.612 im Jahr 2007 – eine Zunahme um über 64.500 Personen.<sup>13</sup>

**Überdurchschnittlich hoch** ist **Armutsgefährdung** unter Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss, Menschen mit keiner oder nur teilweiser Erwerbstätigkeit, weiters Familien mit drei und mehr Kindern, bei alleinstehenden PensionistInnen, bei alleinstehenden Frauen und unter MigrantInnen. Noch höher (30 und mehr %) ist die Armutsgefährdung bei arbeitslosen Menschen und bei AlleinerzieherInnen. Am höchsten ist die Armutsgefährdung bei Menschen, die von Sozialleistungen leben (47% aller solcher Haushalte) sowie bei Langzeitarbeitslosen (42% bei Arbeitslosigkeit von mindestens 6 Monaten, und sogar 52% bei ganzjähriger Arbeitslosigkeit).<sup>14</sup>

### **Armutsgefährdung und Armut in Kärnten**

Die Untersuchung „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC)“ der Statistik Austria weist seit 2004 bundesländerweise Armutsgefährdungsquoten aus. Danach waren **in Kärnten** 2004 13,1% (73.000 Menschen)<sup>15</sup> und 2005 16,3% der Bevölkerung oder 91.000 Menschen armutsgefährdet<sup>16</sup>. 2006 geht die Armutsgefährdung in Kärnten auf 14,6% (83.000 Menschen) zurück.<sup>17</sup> Ein drastischer Rückgang ist im Jahr **2007** zu verzeichnen, in dem die **Armutsgefährdung in Kärnten auf 10,8% bzw. 59.000 Menschen** sinkt. Damit würde die Armutsgefährdungsquote der Kärntner Bevölkerung im Jahr 2007 im österreichischen Mittelfeld liegen.<sup>18</sup> Aufgrund der hohen Schwankungsbreite, mit denen die bundesländerbezogenen Ergebnisse behaftet sind, kann hier jedoch keine tatsächliche Verbesserung der Situation belegt werden. Die Berechnung der Armutsgefährdungsquote über mehrere Jahre soll helfen, diese statistischen Ungenauigkeiten einzuschränken. In diesem Fall hat Kärnten die **dritthöchste Armutsgefährdungsquote** aller Bundesländer mit **14% oder rund 76.000 Personen**.<sup>19</sup>

Die Armutsgefährdungslücke war in Kärnten zuletzt (2007) mit 12% die **niedrigste** aller Bundesländer.<sup>20</sup> Ein armutsgefährdeter Einpersonenhaushalt hatte demnach ein Einkommen von durchschnittlich rund 803 Euro monatlich (oder 688 Euro 14x im Jahr) zur Verfügung.

<sup>13</sup> Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2007

<sup>14</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.129 ff.

<sup>15</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.29

<sup>16</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.32

<sup>17</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.31

<sup>18</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.31

<sup>19</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.31

<sup>20</sup> Höchsten Armutsgefährdungslücken hatten Vorarlberg (29%), Salzburg (23%) und Burgenland (21%).

Das bedeutet, dass in Kärnten etwa 77 Mio. Euro an zusätzlichen Einkommen erforderlich wären, um die Einkommensarmut zu beseitigen.<sup>21</sup>

Während die Wohnzufriedenheit in Kärnten etwas über dem österreichischen Durchschnitt liegt,<sup>22</sup> werden die Wohnkosten dagegen nur von 20% nicht als Belastung empfunden (Ö: 26%) und von 13% als starke Belastung (Ö: 13%).<sup>23</sup> Mehr dazu im Abschnitt zu den Wohnkosten.

In Kärnten ist die **Zahl arbeitsloser Menschen** bis zum Jahr 2003 angestiegen, mit einem Rückgang in den Jahren 2000 und 2001. Danach blieb die Zahl der Arbeitslosen in etwa konstant und lag im Jahr 2008 bei 16.254 Personen.<sup>24</sup> Die **Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg** in Kärnten in den letzten Jahren ebenfalls von 3.608 Personen im Jahr 2001 auf 5.334 Personen im Jahr 2007.<sup>25</sup> Kärnten verzeichnete mit einem Plus von 48% den höchsten Anstieg aller Bundesländer.

### **Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut**

Bezahlte Erwerbsarbeit galt bislang als guter Schutz vor Armutsgefährdung und Armut, wobei das nicht nur für die Erwerbstätigen selbst gilt, sondern auch für deren Haushaltsangehörige. In Haushalten mit Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdungsquote in Österreich zuletzt (2007) durchschnittlich nur 6% und damit nur halb so viel wie der Durchschnitt.<sup>26</sup>

Die **Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte** hat in Österreich aber **deutlich zugenommen**. Die Armutsgefährdungsquote der Erwerbstätigenhaushalte ist seit 1999 unverändert und lag auch 2007 bei 6%; in Haushalten mit nur teilweiser Erwerbstätigkeit betrug sie 1999 8%, 2007 aber bereits 14%. Und in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdung 1999 25%, 2007 aber bereits 32%. In Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit blieb die Armutsgefährdungsquote seit 1999 mit 4% unverändert.<sup>27</sup> Neben der Intensität der Erwerbsbeteiligung eines Haushaltes entscheiden auch Qualität und Ausmaß der Erwerbstätigkeit über das Armutsrisiko.

In den letzten Jahren wird eine neue Entwicklung zunehmend zum Problem: es gibt immer mehr Menschen, die als „working poor“ bezeichnet werden. Es sind „*Personen im Erwerbsal-*

---

<sup>21</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.30 und 129

<sup>22</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.120

<sup>23</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.121

<sup>24</sup> AMS: Arbeitsmarktdaten, [www.ams.at](http://www.ams.at)

<sup>25</sup> Statistik Austria: [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

<sup>26</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.130

<sup>27</sup> vgl. dazu auch BMSK: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.192 und Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.130

ter zwischen 20 und 64 Jahren, deren äquivalisiertes<sup>28</sup> Haushaltseinkommen trotz Erwerbstätigkeit im Jahresverlauf unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt“.<sup>29</sup>

Vor allem die **neuen Erwerbsformen** (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganzjähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, **haben die Armutsgefährdung stark erhöht**. „Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter den Armutsgefährdungsschwellen verbunden. (...) In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversicherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen, werden immer mehr Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig und dies kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungsschwellen zu rutschen. Und das auch, weil diese Beschäftigungsformen keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben“, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 fest.<sup>30</sup>

Die Untersuchung „EU-SILC 2004“ widmete dem Thema „Armutsgefährdung trotz Arbeit“ erstmals ein ganzes Kapitel<sup>31</sup> und stellte u.a. fest: „Aus unregelmäßigen Beschäftigungen entstehen nicht nur direkte Einkommensnachteile, sie sind oft auch mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz verbunden und führen vor allem auch längerfristig zu finanziellen Nachteilen (geringerer oder kein Pensionsanspruch, keine Sonderzahlungen, teurere Selbstversicherung...).“<sup>32</sup> Auch die Untersuchung im Jahr 2007 widmete sich diesem Thema: „Der Zusammenhang dieser Beschäftigungsformen mit einem erhöhten Armutsrisiko ist – auch wenn andere Haushaltsmitglieder und ihre Einkommen möglicherweise ausgleichend hinzukommen – deutlich ersichtlich“.<sup>33</sup>

6% oder 228.000 erwerbstätige Personen waren 2007 in Österreich trotz eines Erwerbseinkommens armutsgefährdet.<sup>34</sup> Von allen Armutsgefährdeten im Erwerbsalter waren also fast die Hälfte (42%) erwerbstätig.<sup>35</sup> Vor allem in Haushalten mit prekären Beschäftigungsverhältnissen steigt die Armutsgefährdung sprunghaft an, bei Teilzeitbeschäftigung beträgt das Armutsgefährdungsrisiko 17%, bei Niedriglohnbeschäftigungen sogar 21%. Unter prekären

---

<sup>28</sup> Äquivalisiertes Einkommen ist die Summe aller Erwerbs- und sonstiger Einkommen bezogen auf Haushaltsgröße und Altersstruktur.

<sup>29</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.35

<sup>30</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.218

<sup>31</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.45-51

<sup>32</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.48

<sup>33</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.38

<sup>34</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.130

<sup>35</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.34 und S.130, eigene Berechnung

Beschäftigungen finden sich jedoch nicht nur Teilzeit- und Niedriglohnbeschäftigungen, auch unregelmäßige Beschäftigungen (beispielsweise auf Werkvertragsbasis) müssen hinzugezählt werden. Einzelne Gruppen sind dabei in höherem Ausmaß von solchen Beschäftigungsformen betroffen. So sind noch immer 85% aller Teilzeitbeschäftigten weiblich.<sup>36</sup>

In **Kärnten** lag die **Erwerbstätigenquote** im Jahr 2008 mit mit 69,8% **unter dem österreichischen Durchschnitt** (72,1%). Bei den Männern betrug sie 76,9% (Ö: 78,5%), bei Frauen 62,8% (Ö: 65,8%) und lag damit ebenfalls unter dem österreichischen Durchschnitt.<sup>37</sup>

Die Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigungen ist in Kärnten 2006 gegenüber den Jahren davor zwar leicht gestiegen (plus 1.660 oder 1,3% im Jahr 2007 gegenüber 2006), in Relation stärker gewachsen ist mit 4,7% jedoch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (plus 1.670 von 2006 auf 2007). **2007 waren in Kärnten nur mehr 55% aller Beschäftigungsverhältnisse** (133.793 von 244.808) „**Normalarbeitsplätze**“, d.h. dass ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen ausgeübt wurde, was in etwa dem österreichischen Durchschnitt entspricht. Der Strukturwandel weg von Normalarbeitsplätzen ist für die Betroffenen in der Regel mit einer Halbierung des Einkommens verbunden: Teilzeitbeschäftigte verdienen in Kärnten nur etwa 49% eines Vollzeitbeschäftigten.

Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in Kärnten in Euro 2006 und 2007<sup>38</sup>

	Anzahl		durchschnittliches Nettojahreseinkommen		:14	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
<b>Männer</b>						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	85.233	86.536	26.343	26.880	1.882	1.920
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	4.402	4.865	14.167	15.574	1.012	1.112
nicht ganzjährig beschäftigt	41.754	39.628	9.542	9.414		
<b>Frauen:</b>						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	46.901	47.257	20.335	20.922	1.453	1.494
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	31.094	32.296	11.240	11.635	803	831
nicht ganzjährig beschäftigt	33.956	34.226	5.362	5.284		
<b>gesamt:</b>						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	132.134	133.793	24.210	24.776	1.729	1.770
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	35.496	37.161	11.603	12.150	829	868
nicht ganzjährig beschäftigt	75.710	73.854	7.667	7.500	548	536
	243.340	244.808				

**30% oder rund 73.900 Beschäftigungsverhältnisse waren 2007 in Kärnten nicht ganzjährig.** Im Bundesdurchschnitt waren es 26%. Das durchschnittliche Erwerbseinkommen lag 2007 dabei deutlich unter der Armutgefährdungsschwelle. In diese Gruppe fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen. Weil nicht ganzjährig Beschäftigte

<sup>36</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.38

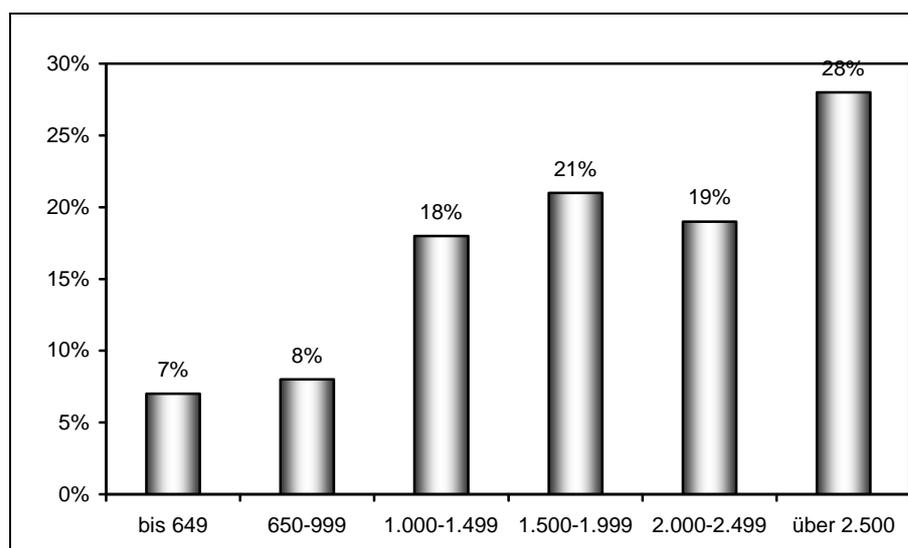
<sup>37</sup> Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik Jahresergebnisse 2008 Schnellbericht

<sup>38</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2006 und 2007

aber neben dem Erwerbseinkommen meist ein Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe in der nicht erwerbstätigen Zeit beziehen, erhöht sich deren Jahreseinkommen durch Sozialversicherungs- und Sozialleistungen und übersteigt – allerdings überwiegend nur bei Männern – die Armutsgefährdungsgrenze. Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote in dieser Gruppe liegt in Österreich bei 11%. Auf Kärnten umgerechnet **waren 2007 rund 8.100 Personen armutsgefährdet, weil sie nicht ganzjährig beschäftigt waren**. Bei Erwerbstätigkeiten unter 12 Wochenstunden ist in Österreich sogar jede/r 5. armutsgefährdet.<sup>39</sup>

EU-SILC weist im Jahr 2007 aus, dass **15% der** (etwa 187.000 unselbständig) **Erwerbstätigen in Kärnten ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro brutto im Monat** hatten und damit an bzw. unter der Armutsgefährdungsschwelle lebten. In Kärnten sind **rund 28.000** unselbständig Erwerbstätige trotz Berufstätigkeit armutsgefährdet („**working poor**“).

Verteilung der Erwerbseinkommen (brutto monatlich in Euro) in Kärnten 2007<sup>40</sup>



Diese Entwicklung steht teilweise damit im Zusammenhang, dass der Anteil der Arbeitnehmer/innen-Entgelte am Bruttoinlandsprodukt seit den späten 1970er Jahren kontinuierlich abnimmt, während der Anteil der Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse zunimmt, mit anderen Worten eine **Verteilung der Wertschöpfung zu Lasten der Arbeitnehmer/innen im Gange** ist. 1978 betrug der Anteil der Arbeitnehmer/innen-Entgelte am BIP noch über 57%, 2008 nur mehr 49%. Der Anteil der Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüssen am BIP stieg dagegen im gleichen Zeitraum von 31 auf 40,3%.<sup>41</sup>

<sup>39</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S. 130

<sup>40</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.145

<sup>41</sup> Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1977-2008, S.26f.

Nicht nur Art und Dauer der Erwerbstätigkeit, auch die berufliche Stellung entscheidet über Einkommen und damit Armutsgefährdung. Hilfsarbeiter/innen haben unter den Erwerbstätigen das höchste Armutsrisiko; Personen, die höhere und hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben, das geringste.<sup>42</sup>

**Zwischen Frauen und Männern** zeigt sich weiterhin ein deutlicher **Einkommensunterschied**. Die Differenz des Brutto-Jahresmedianeinkommens von unselbständig erwerbstätigen Männern und Frauen betrug in Kärnten im Jahr 2006 11.760 Euro und ist damit höher als der österreichische Schnitt mit 11.621 Euro.<sup>43</sup> Die Ursachen hierfür sind vielschichtig. Frauen sind stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren vertreten. Aber selbst bei Frauen und Männern in ähnlichen beruflichen Positionen gibt es erhebliche Einkommensunterschiede.<sup>44</sup> Obwohl im Jahr 2007 54% der ArbeitnehmerInnen in Kärnten Männer und 46% Frauen waren, erhielten die Männer 66% sämtlicher Arbeitnehmer-Bruttobezüge, die Frauen dagegen nur 34%, was dem österreichische Durchschnitt entspricht.<sup>45</sup>

Eine Ursache für die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist, dass erwerbstätige Frauen, bedingt durch ihre Arbeiten für die Familie (Kinderbetreuung, Haushalt, Pflege von Angehörigen usw.) wesentlich öfter nur geringfügig- oder teilzeitbeschäftigt sind als Männer. Im Jahr 2008 waren **in Kärnten 70%** (Ö: 67%) **aller geringfügig Beschäftigten Frauen** (12.601 von 18.069)<sup>46</sup>. Mit steigender Kinderzahl wird der Arbeitsplatz häufig zu Gunsten von Haushalt und Betreuungsaufgaben aufgegeben. Bei Männern im Erwerbsalter hingegen liegt die Erwerbsbeteiligung unabhängig von der Zahl der Kinder bei rund 85%.<sup>47</sup> Da die Erwerbsbeteiligung der Männer generell hoch ist, hängen die Haushaltserwerbsintensität und damit auch das Ausmaß der Armutsgefährdung in hohem Maße davon ab, ob von der Frau ein (zusätzliches) Einkommen erwirtschaftet wird. Wenn die Frau erwerbstätig ist, reduziert sich das Armutsrisiko um die Hälfte oder mehr gegenüber jenen Haushalten, in denen eine Frau im Erwerbsalter keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Entscheidend für die Erwerbstätigkeit der Frauen ist auch das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt bzw. das Angebot an bedarfsorientierten Kinderbetreuungseinrichtungen.<sup>48</sup>

Neben Geschlecht hat die Bildung den größten Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung. Personen mit geringer Qualifikation haben auf dem Arbeitsmarkt deutliche Nachteile: Während Personen mit Pflichtschulabschluss im Jahr 2008 nur zu knapp 50% erwerbstätig waren,

---

<sup>42</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.130

<sup>43</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2009, S.236

<sup>44</sup> vgl. dazu: ÖGPP: 2.Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, S.21 f.

<sup>45</sup> vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.252 f., eigene Berechnung

<sup>46</sup> <http://www.sozialversicherung.at>

<sup>47</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.42

<sup>48</sup> mehr dazu im Abschnitt „Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko“

liegen alle höheren Abschlüsse bei zumindest 74%, die Erwerbstätigenquote von AkademikerInnen liegt sogar bei 86%.<sup>49</sup> Mehr dazu im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“.

Auch **Selbständige** sind nicht vor Armut geschützt, auch wenn ihr durchschnittliches Armutsgefährdungsrisiko mit etwa 10% unter dem Durchschnitt liegt.<sup>50</sup> **In Kärnten** gab es zuletzt (2006) etwa 18.430 Menschen, die ausschließlich selbständig erwerbstätig waren.<sup>51</sup> Etwa **1.840** davon waren **armutsgefährdet**.

### **Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut**

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko. Die Armutsgefährdungsquote ist in Haushalten mit einer oder mehreren arbeitslosen Personen überdurchschnittlich hoch. Die Armutsgefährdungsquote steigt bei Haushalten mit einem Arbeitslosen deutlich - auf 35% - an. Lebt ein Langzeitarbeitsloser im Haushalt, sind sogar 41% dieser Haushalte in Österreich armutsgefährdet.<sup>52</sup>

2008 waren in Kärnten im Jahresdurchschnitt 16.254 Menschen arbeitslos. Kärnten hatte mit 7,2% die dritthöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.<sup>53</sup> Geht man von einer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit Arbeitslosen aus, die je nach Verweildauer zwischen 10 und 52% liegt<sup>54</sup>, so ist anzunehmen, dass in **Kärnten** (bei gleichbleibender Armutsgefährdungsquote) im Jahr 2008 **zumindest 2.100 Haushalte aufgrund von eigener Arbeitslosigkeit oder solcher von Familienmitgliedern armutsgefährdet** waren.

Die Situation der Betroffenen wird außerdem erschwert, weil sowohl das **durchschnittliche Arbeitslosengeld** wie auch die **durchschnittliche Notstandshilfe** in Kärnten (aber auch in Österreich insgesamt) **unter der Armutsgefährdungsgrenze** liegen.

Das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld lag bei Männern 2008 bis zu 69 Euro, bei arbeitslosen Frauen bis zu 234 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle von 2007 und damit im Bereich der „erhöhten Armutsgefährdung“. Die Notstandshilfe lag sowohl bei Männern als auch bei Frauen noch deutlicher (um etwa 267 bis über 405 Euro) unter der Armutsgefährdungsschwelle. Die Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2008 liegt bei 951 Euro und damit nochmals um 39 Euro über der Schwelle für Einpersonenhaushalte des Jahres 2007. Damit fehlen Arbeitslosen und Notstandshilfeempfängern nochmals rund 40 Euro, um ihren Lebensunterhalt adäquat bestreiten zu können. Entscheidend, ob es tatsächlich zu

---

<sup>49</sup> Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik Schnellbericht 4.Quartal 2008, S.26

<sup>50</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.130

<sup>51</sup> Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2006, S.62 f.

<sup>52</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.41

<sup>53</sup> AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

<sup>54</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.130

Armutsgefährdung und Armut kommt, ist – wie dargestellt –, ob zumindest zeitweise Erwerbsarbeit und –einkommen erlangt werden kann bzw. wie die Einkommenssituation und Kostenbelastung im Haushalt insgesamt aussieht.

#### Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in Kärnten 2008<sup>55</sup>

	durchschnittliches tägliches Arbeitslosengeld	= monatlich	durchschnittliche tägliche Notstandshilfe	= monatlich
	in Euro			
Männer	28,10	843,00 - 871,10	21,50	645,00 - 666,50
Frauen	22,60	678,00 - 700,60	16,90	507,00 - 523,90
insgesamt	25,70	771,00 - 796,70	19,40	582,00 - 601,40

#### **Bildung verringert das Armutsrisiko**

Bildung spielt eine große Rolle, welche Chancen Menschen am Arbeitsmarkt haben. Bildung erhöht die Erwerbsbeteiligung. 82% der im Jahr 2008 arbeitslosen Menschen in Kärnten hatten als höchsten Schulabschluss einen Lehrabschluss oder darunter.<sup>56</sup> Auch die Höhe des Erwerbseinkommens wird maßgeblich durch Bildung beeinflusst. Jede Form der weiterführenden Bildung verringert das Risiko von Einkommensarmut. Unter Menschen mit nur Pflichtschulabschluss ist die Armutsgefährdungsquote in Österreich mit 20% überdurchschnittlich hoch. Unter AbsolventInnen einer Lehre oder mittleren Schule beträgt sie 9%, bei MaturantInnen 10%. Bei AkademikerInnen ist die Armutsgefährdungsquote mit 6% unterdurchschnittlich.<sup>57</sup>

#### Höchste abgeschlossene Schulbildung der Erwerbsspersonen (15 Jahre und älter) 2001<sup>58</sup>

	<b>Kärnten</b>	<b>in %</b>	<b>Ö in %</b>
Universität oder Fachhochschule	17.705	6,9	7,8
Berufs- und Lehrerbildende Akademie	7.296	3	3,2
Berufsbildende Höhere Schule, Kolleg	23.937	9,3	7,5
Allgemeinbildende Höhere Schule	9.218	3,6	4,8
Berufsbildende Mittlere Schule	35.144	13,6	13,1
Lehrlingsausbildung	121.292	46,9	40,5
Allgemeinbildende Pflichtschule	43.784	16,9	23,1

**Kärnten:** 17% der erwerbstätigen Kärntnerinnen und Kärntner über 15 Jahren (etwa 43.800 Menschen) hatten 2001 als höchste abgeschlossene Bildung einen Pflichtschulabschluss. 156.400 (61%) der Erwerbstätigen hatten zuletzt (2001) den Abschluss einer Lehre oder be-

<sup>55</sup> AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

<sup>56</sup> AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

<sup>57</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.129

<sup>58</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, S.119

rufsbildenden mittleren Schule aufzuweisen. Knapp 31.600 (13%) der Erwerbstätigen hatten den Abschluss einer Allgemeinbildenden oder Berufsbildenden höheren Schule aufzuweisen. Und etwa 26.600 (10%) hatten den Abschluss eines Kollegs, einer Akademie, Hochschule oder Universität. In Kärnten gab es damit 2001, im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, überdurchschnittlich viele Personen mit Abschluss einer Lehre oder Berufsbildenden mittleren Schule, dagegen liegt der Anteil der Personen mit Pflichtschulabschluss unter dem Schnitt. Damit liegt das allgemeine Bildungsniveau in Kärnten partiell leicht über dem österreichischen Schnitt.<sup>59</sup>

41% aller Frauen in Kärnten (ab 15 Jahren; sowohl erwerbstätige als auch nicht erwerbstätige), 98.800 Personen, hatten zuletzt (2001) als höchste abgeschlossene Bildung nur einen Pflichtschulabschluss, dagegen nur 23% (51.100) der Männer. Im Bereich der höheren Bildung liegt Kärnten sowohl bei Männern, als auch bei Frauen deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Im Bereich der höheren Bildung haben Frauen in Kärnten allerdings deutlich aufgeholt: hatten noch 1991 nur 12,5% der Frauen Matura oder Hochschulabschluss (15,1% der Männer), so waren es 2001 bereits 17,4% der Frauen (18,3% der Männer).<sup>60</sup>

Im Schuljahr 2007/08 besuchten in der 9. Schulstufe in Kärnten **60% aller Kinder eine Allgemein- oder Berufsbildende Höhere Schule** (54% von ihnen waren Mädchen). Das waren insgesamt **etwas mehr SchülerInnen in AHS und BHS als im österreichische Durchschnitt** (55%). 36% besuchten in Kärnten eine berufsbildende Mittelschule oder einen polytechnischen Lehrgang, 3% andere Schulformen.<sup>61</sup> Der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen im Schuljahr 2006/07 lag insgesamt mit 47,8% aller SchülerInnen und Studierenden in Kärnten allerdings deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 56,3%.<sup>62</sup>

Bildung hat einen starken Einfluss auf das spätere Einkommen der Kinder. Das österreichische Bildungssystem ist noch immer sozial selektiv und erschwert Kindern aus bildungsfernen Haushalten den Aufstieg. „Die geringe Bildungsmobilität kann damit auch ein Indiz für eine Übertragung bzw. Reproduktion von Armut sein.“<sup>63</sup>, so die Statistik Austria. 80% der 10- bis 14-Jährigen aus armutsgefährdeten Haushalten in Österreich besuchen eine Hauptschule. In nicht armutsgefährdeten Haushalten liegt dieser Anteil bei nur 63%. Nur jedes fünfte Kind aus einem armutsgefährdeten Haushalt hat die Möglichkeit, eine AHS zu besuchen, während 37% der Kinder aus nicht armutsgefährdeten Haushalten eine AHS besuchen können. Die Folge ist, dass 46% der Kinder aus Akademikerhaushalten selbst einen Universi-

<sup>59</sup> Die Zahlen für Gesamtösterreich: Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung Pflichtschule 23%, Lehre oder berufsbildende mittlere Schule 54%, Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung AHS/BHS 12% und darüber 11%.

<sup>60</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, S.18

<sup>61</sup> Statistik Austria: Bildung in Zahlen 2007/08, Tabellenband S.96 und S.105

<sup>62</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2009, Kap. 4.09

<sup>63</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.61

tätsabschluss erlangen, während nur 5% der Nachkommen bildungsferner Haushalte selbiges gelingt. Einfluss auf den späteren Bildungsabschluss hat auch die finanzielle Situation der Haushalte. Personen aus Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation verfügen zu 36% nur über einen Pflichtschulabschluss, während 7% einen Universitätsabschluss erlangen. Umgekehrt ist die Lage bei finanziell sehr gut ausgestatteten Haushalten. Nur 7% erlangen hier ausschließlich einen Pflichtschulabschluss, über ein Viertel dagegen einen akademischen Grad.<sup>64</sup>

### **Über 24.300 PensionistInnen in Kärnten armutsgefährdet**

Die Einkommensunterschiede aus dem aktiven Erwerbsleben finden ihre Fortsetzung in der Pension: Während die durchschnittliche Pension eines Arbeitnehmers in Kärnten im Jahr 2007 jährlich 17.577 Euro netto (Österreich: 18.552) betrug (= ca. 1.256,- x 14), betrug die durchschnittliche Pension einer Arbeitnehmerin in Kärnten im Jahr 2007 nur 12.034 Euro netto (= ca. 860,- x 14) (Österreich: 12.748).<sup>65</sup> Die durchschnittlichen Pensionen lagen damit bei Frauen um ca. 6% und bei Männern um 5% unter dem österreichischen Durchschnitt.<sup>66</sup>

Dieser Durchschnitt spiegelt allerdings nicht die **große Bandbreite und Unterschiede der Pensionshöhen** wieder. Der Hauptverband der Sozialversicherungen weist für 2008 die durchschnittliche monatliche Pension bei ArbeiterInnen in Österreich mit 1.055 Euro für Männer und 603 Euro für Frauen aus, bei Angestellten mit 1.845 Euro für Männer und 1.079 Euro für Frauen, bei Gewerbetreibenden mit 1.558 Euro für Männer und 979 Euro für Frauen und bei Bauern mit 1.019 Euro für Männer und 527 Euro für Frauen. Invaliditäts-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitspensionen hatten eine durchschnittliche Höhe von 918 Euro, Witwenpensionen von 610 Euro.<sup>67</sup> Und die Lohnsteuerstatistik 2007 weist die durchschnittliche monatliche Nettopension von BeamtInnen für Männer mit 1.873 Euro und für Frauen mit 1.554 Euro aus, von Vertragsbediensteten für Männer mit 1.093 Euro und für Frauen mit 760 Euro.<sup>68</sup>

Im Dezember 2008 hatten **18,7% der PensionistInnen in Kärnten (24.303 Personen)** eine so niedrige Eigenpension, dass sie **eine Ausgleichszulage** (in einer durchschnittlichen Höhe von 277 Euro pro Monat<sup>69</sup>) bekamen. Kärnten hatte damit (nach Vorarlberg) den **höchs-**

---

<sup>64</sup> vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.61

<sup>65</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007; sie weist 230.081 Frauen und 156.079 Männer auf und enthält auch die PensionsbezieherInnen des öffentlichen Dienstes

<sup>66</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.304, 322, 384

<sup>67</sup> Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, S.20

<sup>68</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.157, 160, 164, 167

<sup>69</sup> der Durchschnitt in Österreich liegt bei 277 Euro pro Monat

**ten Anteil an AusgleichszulagenbezieherInnen aller Bundesländer.**<sup>70</sup> Die Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes (für Einzelpersonen) betrug 2008 747 Euro für Alleinstehende und 1.120 Euro für Ehepaare monatlich, 2009 772 Euro für Einzelpersonen und 1.158 Euro für Ehepaare, was allerdings lediglich der Armutsgefährdungsschwellen von 2007 entspricht. **Die Höhe der „Mindestpensionen“ der Jahre 2008 und 2009 lag und liegt damit unter der Armutsgefährdungsschwelle** des Jahres 2007 – bei Einzelpersonen etwa um 10 Euro monatlich, aber auch Paaren liegen im Jahr 2009 um 15 Euro monatlich unter dieser Schwelle. Damit können die Teuerungen der letzten zwei Jahre aber kaum abgegolten werden. Mit anderen Worten: 2008 waren 24.303 AusgleichszulagenbezieherInnen in Kärnten armutsgefährdet. Frauen waren hiervon stärker betroffen: 69% der Ausgleichszulagenbezieher in Österreich waren Frauen.<sup>71</sup>

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen verstärken sich im Alter: In Kärnten hatten 2007 Arbeitnehmer eine um durchschnittlich 46% höhere Pension als Arbeitnehmerinnen. Waren die Frauen zumeist ganzjährig beschäftigt, so betrug ihre Nettojahrespension 12.410 Euro (886 Euro monatlich x 14). Waren sie dagegen nicht ganzjährig beschäftigt, dann betrug ihre Pension nur 5.336 Euro,<sup>72</sup> womit sie deutlich unter der Armutschwelle lag. Das bedeutet, dass nicht ganzjährige Beschäftigung schon im Erwerbsleben und noch mehr in der Pension für Frauen das Armutsrisiko deutlich erhöht.

Aufgrund der teils niedrigen Pensionen weisen **PensionistInnenhaushalte** in Österreich mit 15% eine **überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote** auf. Alleinstehende Pensionistinnen sind besonders stark davon betroffen (27%).<sup>73</sup> Das bedeutet, dass in etwa jede zehnte armutsgefährdete Person eine alleinstehende Pensionistin ist.<sup>74</sup> Ein Grund hierfür ist, dass **34% (etwa 21.800) der 64.900 Pensionistinnen in Kärnten (2001) keine Eigenpension hatte**, sondern ausschließlich eine Hinterbliebenenpension. Dagegen hatten praktisch alle Männer eine Eigenpension, was die Rollenverteilung vergangener Zeiten widerspiegelt.<sup>75</sup>

**Stark armutsgefährdet** sind generell in Österreich und auch in Kärnten **alleinstehende Frauen**. 27% aller alleinstehenden Pensionistinnen sind armutsgefährdet, aber auch 22% aller alleinstehenden Frauen im erwerbsfähigen Alter.<sup>76</sup> Haushalte von Alleinerzieherinnen (im Jahr 2007 etwa 257.900 in Österreich<sup>77</sup>) und alleinstehenden Frauen (im Jahr 2007 etwa

---

<sup>70</sup> Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, S.22

<sup>71</sup> Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, S.22

<sup>72</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.328, 334

<sup>73</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.44

<sup>74</sup> vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.129

<sup>75</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, S.12

<sup>76</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.129

<sup>77</sup> Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2007, S.63

428.000 in Österreich<sup>78</sup>) sowie Pensionistinnen (etwa 408.000 in Österreich im Jahr 2007) stehen am unteren Ende der Einkommensskala in Österreich.<sup>79</sup> Etwa 45.700 Kärntnerinnen lebten im Jahr 2008 allein,<sup>80</sup> 19.400 waren Alleinerzieherinnen<sup>81</sup>.

### **„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko**

Haushalte mit pflegebedürftigen oder Personen mit besonderen Bedürfnissen haben ein **erhöhtes Armutsrisiko** von 16%<sup>82</sup>, selbst wenn Leistungsbezüge in Form von Pflegegeld oder einer erhöhten Familienbeihilfe zur Verfügung stehen und in Anspruch genommen werden. Hauptgrund ist die **Einschränkung der Erwerbstätigkeit** – auch für betreuende bzw. pflegende Angehörige.

Ein Großteil der Pflegeleistungen in Österreich wird nicht von Sozialen Diensten oder in Geriatrischen Einrichtungen erbracht, sondern innerhalb der Familien - und hier überwiegend von Frauen (66% der Pflegenden sind Frauen) – sowie in zunehmenden Maße von Betreuungs- und Pflegekräften aus dem Ausland. Eine großangelegte Untersuchung der häuslichen Pflege durch das Sozialministerium im Jahr 2003 ergab, dass in **80 bis 90% der Betreuungs- und Pflegefälle Hilfsmaßnahmen** (wie Einkaufen und Reinigung der Wohnung) **durch Angehörige** (oder andere Personen; Anm. der VerfasserInnen) erfolgten und in nur 15 bis 20% durch mobile Dienste und stationäre Einrichtungen. Auch aufwändigere Betreuungs- und Pflegemaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten, Notdurftbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich wurden mehrheitlich von Angehörigen durchgeführt.<sup>83</sup> *„Zwei Drittel der untersuchten Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher nehmen professionelle Dienste gar nicht in Anspruch.“*

Laut Mikrozensus 2002 gab es in Österreich 281.900 Frauen und 144.000 Männer, die nahe Angehörige pflegten und betreuten. Insgesamt wurden 464.800 Personen gepflegt.<sup>84</sup> Umgelegt auf Kärnten würde das bedeuten, dass 32.100 Personen durch etwa 30.300 Angehörige betreut und gepflegt werden.<sup>85</sup> Auch wenn neuere Daten diesbezüglich nicht zur Verfügung stehen, kann aufgrund des Anstiegs der über 75-jährigen Personen in Österreich um etwa 72.000 seit 2002, davon ausgegangen werden, dass sowohl die Zahl der zu pflegenden Per-

<sup>78</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.41

<sup>79</sup> www.statistik.at, Bevölkerung, Haushalte

<sup>80</sup> www.statistik.at, Bevölkerung, Familien

<sup>81</sup> Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2007, S.63

<sup>82</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.44

<sup>83</sup> Vergl. Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung

<sup>84</sup> Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S.44

<sup>85</sup> Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S.107

sonen als auch jene der Angehörigen, welche private Pflegedienstleistungen erbracht haben, angestiegen ist.

Betreuungs- und Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) sowie Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, z.T. Senior/innen- und vor allem Pflegeheime) werden durch die Bundesländer organisiert und entlasten Haushalte von solchen pflegerischen Leistungen. Zuletzt (2006) wandte Kärnten für die Senior/innen- und Pflegeheime 59,2 Mio. Euro auf, 17,1 Mio. für Soziale Dienste, 37,5 Mio. für Behindertenhilfe sowie für das Landespflegegeld 20,0 Mio. Euro.<sup>86</sup>

Seit 1993 wird in Österreich je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Pflegegeld gewährt, mit dem Pflegeleistungen abgegolten werden sollen. Doch übersteigt die erbrachte Pflegeleistung wertmäßig oft weit das Pflegegeld. Denn der implizierte Stundenlohn beträgt in der Pflegestufe 1 bestenfalls 3,08 Euro, in der Pflegestufe 7 immerhin 9,20 Euro.<sup>87</sup> Und das jeweils nur, wenn tatsächlich nur die Mindestanzahl an Stunden für die Aufwendungen notwendig ist. Ansonsten ist noch mit weit geringeren Stundenlöhnen zu rechnen.

Pflegebedürftige Menschen können mit den Pflegegeldern an Hilfspersonen, Soziale Dienste oder Pflegeeinrichtungen Kostenbeiträge für deren Dienstleistungen bezahlen. Auch steuerliche Maßnahmen sollen helfen. Ohne Selbstbehalt können beispielsweise Aufwendungen für Behinderungen von Kindern als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden. Der Großteil der behinderten Kinder und Jugendlichen erhält darüber hinaus eine erhöhte Familienbeihilfe. Dennoch sind die staatlichen Unterstützungen zumeist nicht ausreichend, um die tatsächlichen Aufwendungen für die Betreuung und Pflege zu gewährleisten.

In ländlichen Regionen ist zudem die Nichtinanspruchnahme eigentlich gebührender Leistungen oft hoch. Man spricht von sog. „verschämter Armut“. In **Kärnten** erhielten zuletzt (Oktober 2009) **28.302** Menschen das **Pflegegeld des Bundes** (es steht Personen zu, die einen Pensionsanspruch haben). Mehr als die Hälfte von ihnen (57%) waren in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2, das ist etwas mehr als im österreichischen Durchschnitt (54%).<sup>88</sup>

Nach Angaben der Statistik Austria bezogen in Kärnten im Jahr 2007 weitere **5.150 Menschen Landespflegegeld**<sup>89</sup> (es steht Personen zu, die keinen Pensionsanspruch haben). Mit 9 von 1000 EinwohnerInnen lag der Anteil der Bevölkerung, welcher Landespflegegeld bezog, über dem österreichischen Durchschnitt (8 von 1000 EinwohnerInnen).

Die Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit zu betreuenden oder zu pflegenden Personen erhöht sich weiter (auf 20%), wenn solche Leistungen nicht zur Verfügung stehen

---

<sup>86</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2009, Kap. 8.30, S.228

<sup>87</sup> <http://www.help.gv.at/Content.Node/36/Seite.360516.html>, Stand 17.06.2009

<sup>88</sup> Anfrage an Statistik Austria

<sup>89</sup> Statistik Austria, [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

oder nicht ausreichen, um den Betreuungs- und Pflegeaufwand zu bezahlen, was nach Aussage des Sozialberichts 2003/2004 bei Haushalten mit zusammen 236.000 Menschen in Österreich der Fall ist, in denen zumindest eine Person mit besonderen Bedürfnissen lebte, die keinen oder einen nicht ausreichenden Leistungsbezug hatte. Leider liegen aktuellere Zahlen vor, jedoch kann davon ausgegangen werden, dass sich die Situation kaum geändert hat. Im Fall dieser Gruppe wird die Bedeutung von ausreichenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zur Verringerung von Armutgefährdung besonders deutlich. Die Diskussionen um den „Pflegerotstand“ in Österreich seit dem Sommer 2006 zeigten deutlich auf, dass die bestehenden Leistungen bei höheren Betreuungs- und Pflegeaufwand vielfach nicht ausreichen.

Die **deutliche Zunahme älterer Menschen** in den kommenden Jahrzehnten wird auch den Betreuungs- und Pflegebedarf deutlich erhöhen, sofern sich nicht der allgemeine Gesundheitszustand älterer Menschen deutlich verbessert. Die **Zahl der Menschen über 80 Jahren** – also einem Alter, in dem häufig erstmals Betreuungs- und Pflegebedarf entsteht – wird **in Kärnten von derzeit rd. 29.100 bis 2030 um rund 55% auf etwa 44.900 ansteigen**.<sup>90</sup> Kommt es in Österreich zu keinem deutlichen Ausbau von Betreuungs- und Pflegediensten und -einrichtungen bzw. der für Betreuungs- und Pflegeleistungen bereitgestellten Gelder (sei es über ein erhöhtes Pflegegeld, einen Pflegefonds oder eine Pflegeversicherung) und Betreuungs- und Pflegepersonal, so werden in noch viel höherem Maß als heute Familienmitglieder – oder billige ausländische Betreuungs- und Pflegekräfte – die Betreuung und Pflege Angehöriger erbringen und ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen.

### **Über 11.500 armutsgefährdete MigrantInnen in Kärnten**

Über ein Viertel der MigrantInnen in Österreich<sup>91</sup> (28%) waren 2007 armutsgefährdet.<sup>92</sup> 79% der MigrantInnen (einschließlich der Kinder und Älteren) müssen mit einem Einkommen unter dem oder in der Höhe des Medianeinkommen auskommen, nur 21% steht höheres zur Verfügung.<sup>93</sup> Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Zudem wird die Hausarbeit und Kindererziehung aus kulturellen Gründen oft den Frauen zugeteilt, was etwa in der muslimischen Bevölkerung zu einer besonders geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen führt. Mit nur einem Erwerbseinkommen ist die Lebenshaltung heute aber meist schwie-

---

<sup>90</sup> [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

<sup>91</sup> Diese Zahlen beziehen sich nur auf MigrantInnen, die nicht aus dem EU/EFTA-Raum kommen. MigrantInnen aus dem EU-EFTA-Raum (293.000) haben mit 15% nur eine leicht erhöhte Armutgefährdungsquote wie der österreichische Durchschnitt (12%). Die Armutgefährdungsquote aller MigrantInnen in Österreich, unabhängig von ihrem Herkunftsland, beträgt 24%.

<sup>92</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.129

<sup>93</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.104

rig. Nach wie vor gilt: *„Der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft verbessert die Situation dieser Gruppe aber kaum.“*<sup>94</sup>

In Kärnten lebten laut Angaben der Statistik Austria 2008 36.500 Menschen (MigrantInnen) ohne österreichische Staatsbürgerschaft, das waren 6,5% der Bevölkerung. Weitere 12.500 eingebürgerte Kärntnerinnen und Kärntner (2,2%) waren im Ausland geboren.<sup>95</sup> Wenn man die Armutsgefährdungsquote unter MigrantInnen in Österreich (24%)<sup>96</sup> bzw. Eingebürgerten (22%) heranzieht<sup>97</sup> und davon ausgeht, dass die Armutsgefährdung in Kärnten nicht wesentlich anders ist, so kann angenommen werden, dass in Kärnten **11.500 MigrantInnen und Eingebürgerte armutsgefährdet** sind.

### **Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich**

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Haushalte mit kleinen Kindern (0 bis 6 Jahre) haben in Österreich ein überdurchschnittliches Armutsrisiko (16%).<sup>98</sup> Erst wenn das jüngste Kind im Haushalt sieben Jahre alt ist, kann ein deutlicher Rückgang des Armutsrisikos verzeichnet werden, weil – durch die Schulpflicht – Kinderbetreuungsaufwand bzw. -kosten zurückgehen und Frauen wieder stärker in das Erwerbsleben eingebunden sind.

Der Sozialbericht 2007-2008 macht darauf aufmerksam, dass *„durch Betreuungspflichten und mangelnde außerfamiliäre Betreuungsangebote [...] Frauen häufig an der Aufnahme einer (Vollzeit)Erwerbstätigkeit gehindert“*<sup>99</sup> werden. Dies hat aber negative Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen, da diese durch die eingeschränkte Erwerbsbeteiligung der Frauen eine besonders armutsgefährdete Gruppe darstellen.<sup>100</sup> Deshalb kommt der Sozialbericht erneut zu dem Schluss: *„Ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sind deshalb ein wichtiges Mittel zur Verringerung des Gefährdungsrisikos von Familien.“*<sup>101</sup> Von den ohnehin nur 44% der erwerbstätigen Frauen mit Kleinkindern unter 6 Jahren sind in Österreich 67% nur Teilzeit erwerbstätig und sind damit abhängig von einem Erwerbseinkommen eines Lebenspartners.<sup>102</sup>

**KÄRNTEN:** Etwa 82.200 (2008) Kinder in Kärnten sind unter 15 Jahre alt<sup>103</sup> und damit in einem Alter, wo noch mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. In Kärnten lebten im Jahr

<sup>94</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

<sup>95</sup> Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2008, S.259

<sup>96</sup> Hier wird die Armutsgefährdungsquote aller MigrantInnen, unabhängig von ihrem Herkunftsland verwendet, da hier von allen die Sprache ist.

<sup>97</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.129

<sup>98</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.41

<sup>99</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008, S.242

<sup>100</sup> vgl. BMSK: Sozialbericht 2007-2008, S.242

<sup>101</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008, S.243

<sup>102</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.39; eigene Berechnungen

<sup>103</sup> www.statistik.at, Bevölkerung

2008 etwa 29.700 Kinder bis 5 Jahre, also im Vorschulalter. Laut Kindertagesheimstatistik 2008/09 befanden sich davon 14.100 Kinder in Krippen oder Kindergärten. Das heißt, dass **nur 47% der Vorschulkinder in Kärnten in Betreuungseinrichtungen untergebracht** waren, 53% dagegen zu Hause oder in einer anderen Form (Tagesmütter, Spielgruppen, Verwandte, usw.) betreut werden. Die geringste institutionelle Betreuung gibt es in Österreich bei Kleinstkindern zwischen **0 und 2 Jahren**, von denen in Österreich lediglich jedes vierzehnte Kind in einer Betreuungseinrichtung versorgt werden. In **Kärnten** liegt dieser Wert mit jedem zwölften Kind darunter.<sup>104</sup> Auch in der Altersgruppe der **3- bis 4jährigen** liegt die **Betreuungsquote in Kärnten über dem Durchschnitt**, bei **5- bis 6jährigen entspricht die Quote etwa dem österreichischen Schnitt**. **Unterdurchschnittlich** ist dagegen die **Betreuung von Volksschulkindern** in Kärnten.

Kinderbetreuungsquote nach Alter in Kärnten und Österreich 2008/2009<sup>105</sup>:

Alter in Jahren	Betreuungsquote	
	Kärnten	Österreich
unter 1 Jahr	0%	1%
1 Jahr	4%	9%
2 Jahre	36%	32%
3 Jahre	87%	73%
4 Jahre	94%	92%
5 Jahre	93%	94%
Volksschulalter	10-15%	12-17%

Unter mangelnder Kinderbetreuung leiden in besonderem Maße alleinerziehende Haushalte. 108.000 Personen, beinahe jede dritte Person (32%) in einem alleinerziehenden Haushalt ist armutsgefährdet.<sup>106</sup> Trotz ihrer hohen Erwerbsbeteiligung von 65% gehören Alleinerzieherinnen zu den gefährdetsten Gruppen.<sup>107</sup> *„Bestehende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben demnach einen besonderen Nachteil für alleinerziehende erwerbstätige Frauen und ihre Kinder.“*<sup>108</sup> Der Sozialbericht 2003/04 kommt deshalb zu dem Schluss: *„Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten.“*<sup>109</sup> Da sich die Kinderbetreuungsquote in diesem Zeitraum nur geringfügig gesteigert hat, die Erwerbstätigenquote von alleinerziehenden Frauen seit 2004 unverändert ist und die Armutsgefährdungsquote aber von 24% 2004 auf 32% zugenommen hat, trifft dieser Befund nach wie vor auch auf Kärnten zu.

<sup>104</sup> Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2008/2009, S.68

<sup>105</sup> Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2008/2009, S.68

<sup>106</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.129

<sup>107</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.39

<sup>108</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

<sup>109</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

Kinder stellen in Österreich mit 260.000 Betroffenen im Jahr 2007 eine der größten armutsgefährdeten Gruppen in Österreich, nämlich ein Viertel aller Armutsgefährdeten, dar. Österreichweit leben 14% (256.000) der Kinder und Jugendlichen (bis 19 Jahre) in Haushalten, die armutsgefährdet sind. Kinder sind damit häufiger von Armutsgefährdung betroffen als die durchschnittliche Bevölkerung.

Dabei sind nicht alle Kinder gleichermaßen von Armut betroffen, eine bedeutende Komponente ist die Familienzusammensetzung. Familien mit nur einem Kind haben die geringste Armutsgefährdungsquote mit nur 8%, gefolgt von Familien mit zwei Kindern die eine Armutsgefährdungsquote von 10% aufweisen. Zu den überdurchschnittlich von Armut gefährdeten Gruppen zählen einerseits Familien mit drei und mehr Kindern (19%) und in besonders hohem Maß die vielen AlleinerzieherInnen (35%). Im Jahr 2008 sind damit in Kärnten, unter Berücksichtigung der Kinderzahl je Familientyp und gleichbleibender Armutsgefährdungsquoten, **zumindest 15.000 Kinder unter 18 Jahren armutsgefährdet**.<sup>110</sup>

In etwa **jede vierte Familie mit Kindern in Kärnten war 2008 ein AlleinerzieherInnen-Haushalt** (ca. 22.900 der ca. 101.300 Familien mit Kindern). In den Haushalten von AlleinerzieherInnen lebten zuletzt (2008) etwa 29.900 Kinder, 11.000 (37%) von ihnen waren unter 15 Jahre alt. 85% bzw. 19.400 der alleinerziehenden Elternteile in Kärnten waren bzw. sind Frauen mit zusammen 25.700 Kindern.<sup>111</sup>

Die Armutsgefährdungsquote von alleinerziehenden Haushalten war zuletzt (2007) mit 32% überdurchschnittlich hoch.<sup>112</sup> Man kann davon ausgehen, dass zuletzt (2008) in Kärnten etwa **7.300 alleinerziehende Haushalte** mit zusammen fast 16.900 Erwachsenen und Kindern **armutsgefährdet** waren, davon rund 85% – etwa 6.200 – Haushalte von alleinerziehenden Frauen (mit zusammen 14.400 Frauen und Kindern).

Mit 19% überdurchschnittlich hoch ist die Armutsgefährdungsquote auch von Familien mit drei und mehr Kindern.<sup>113</sup> Solche gab es in Kärnten zuletzt (2008) etwa 10.600 mit zusammen rund 34.200 Kindern. Etwa 55.400 Menschen lebten in solchen Familien mit 3 und mehr Kindern.<sup>114</sup> Geht man von der durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote solcher Familien aus, so würde das bedeuten, dass (abzüglich der alleinerziehenden Haushalte und in diesen Haushalten lebenden Kinder) in **Kärnten rund 10.500 Erwachsene und Kinder armutsgefährdet** sind, **weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern leben** und dadurch eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten bzw. überdurchschnittliche Lebenshaltungskosten haben.

---

<sup>110</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.140, eigene Berechnungen

<sup>111</sup> Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2008, S.64f.

<sup>112</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.34

<sup>113</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.34

<sup>114</sup> Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2008, S.64 f., eigene Berechnungen

14% (256.000) der Kinder und Jugendlichen (bis 19 Jahre) in Österreich leben in Haushalten, die armutsgefährdet sind. Kärnten liegt mit einem Armutsgefährdungsrisiko von 7% oder 9.000 Kinder und Jugendlichen zwar weit unter dem Durchschnitt. Angesichts der zuvor genannten Zahlen, ist auch dieses Ergebnis vielmehr auf die Schwankungsbreite der Stichprobe, als auf tatsächliche Veränderungen zurückzuführen.<sup>115</sup>

### **Geringe soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt**

Zahlreiche Studien zeigen den engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem zukünftigen sozialen Status ihrer Kinder. Vor allem Bildung hat einen starken Einfluss auf das zukünftige Einkommen und somit auf die zu erwartenden Lebensbedingungen. Die EU-SILC Erhebung 2005 behandelte erstmals auch die „intergenerationale soziale Mobilität“<sup>116</sup>, also den Einfluss der sozialen Herkunft auf Lebens- und Einkommenschancen.

Dabei zeigt sich in Österreich die soziale Selektivität des Bildungssystems. Noch immer haben Kinder aus „bildungsfernen Haushalten“ oder Haushalten mit Migrationshintergrund einen erschwerten Bildungsaufstieg. Während 46% der Kinder aus AkademikerInnen-Haushalten selbst einen akademischen Bildungsabschluss aufweisen können, erreichen dies nur 5% der Befragten, deren Eltern nur einen Pflichtschulabschluss haben. Die Ergebnisse zeigen auch, dass sich dies seit den 1950er Jahren nicht wesentlich verändert hat.<sup>117</sup>

Ein Zusammenhang zeigt sich auch zwischen der finanziellen Situation des elterlichen Haushaltes und der Bildung, wobei es sich dabei um eine Weiterführung der Ungleichheit von Bildungschancen handelt. Während 36% der Personen aus Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation maximal Pflichtschulabschluss erreichen, ist dies nur bei 7% aus Haushalten mit sehr guten finanziellen Mitteln der Fall. Von diesen erlangen hingegen über ein Viertel einen Universitätsabschluss.

Diese Unterschiede wirken sich auf das spätere Einkommen der Personen aus. Somit wird „*der Einfluss des elterlichen Haushalts (...) auch bei der Armutsgefährdung sichtbar.*“<sup>118</sup> Während Personen aus elterlichen Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation eine Armutsgefährdung von 15,3% aufweisen und damit eine deutlich erhöhte Armutsgefährdung haben, sind jene aus Haushalten mit guter oder sehr guter finanzieller Situation mit einer Quote von knapp über 10% deutlich unter dem Durchschnitt. Bei Personen zwischen 25 und 45 Jahren aus finanziell schlechter gestellten Familien ergibt sich sogar eine Armutsgefähr-

---

<sup>115</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.140

<sup>116</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.59 f.

<sup>117</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.60

<sup>118</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.41

ungsquote von 22,3%, was auf den stärkeren Einfluss des Elternhauses als bei älteren Personen zurückzuführen ist.

## **Folgen von Armut für die Gesundheit**

**Ärmere Menschen sind** statistisch gesehen **häufiger krank**. So ist der Anteil der Menschen mit Gesundheitsproblemen bei manifest Armen viermal so hoch wie bei jenen ohne finanziellen Mangel. Gesundheitliche Probleme haben einen doppelten Effekt: neben der Einschränkung der Erwerbsarbeit, treten gleichzeitig erhöhte Kosten durch medizinische Behandlungen auf, wodurch Armutsgefährdete in doppelter Hinsicht belastet sind.<sup>119</sup>

Bestimmte Erkrankungen (wie Arthritis, Bronchitis, Magen-Darm- und Herzerkrankungen, physische Beeinträchtigungen, Zahnverlust) treten bei ärmeren Personen häufiger auf.<sup>120</sup> So leiden 37% der Personen in einer manifesten Armutslage an chronischen Krankheiten. Zu beachten ist, dass Krankheiten oft einen zusätzlichen Ausschluss aus der Gesellschaft bedeuten können. So lässt sich beispielsweise der enge Zusammenhang zwischen Übergewicht (Adipositas) und sozialer Benachteiligung feststellen. Das Risiko einer Adipositaserkrankung ist *„bei armutsgefährdeten Frauen doppelt so hoch wie bei Frauen aus der höchsten Einkommensgruppe“*<sup>121</sup>.

**Ärmere nehmen Fachärzt/innen weniger oft in Anspruch** und werden früher und häufiger pflegebedürftig. **Arbeitslose leiden häufiger an psychosomatischen Beschwerden** wie Schlaflosigkeit, depressiven Symptomen, Ängsten und Magen-Darmstörungen und weisen einen erhöhten Suchtmittelkonsum auf. **Alleinerzieherinnen haben doppelt so oft einen schlechten allgemeinen Gesundheitszustand**, doppelt so oft zwei oder mehrere chronische Krankheiten bzw. Depressionssymptome als Mütter in Partnerschaften. Umgekehrt **haben Kranke weniger Chancen am Arbeitsmarkt**.<sup>122</sup> *„Arbeitslose Personen fühlen sich gesundheitlich schlechter, leiden häufiger an ausgewählten chronischen Krankheiten und Schmerzen und rauchen häufiger täglich.“*<sup>123</sup> Arbeitslose leiden besonders häufig unter Depressionen und Angstgefühlen, Männer haben ein 7,6-fach höheres und Frauen ein 4,4-fach höheres Risiko als Erwerbstätige, daran zu erkranken.

Neben dem Einkommen ist Bildung der wichtigste Faktor, der sich auf die Gesundheit der Menschen positiv oder negativ auswirkt. Menschen mit geringerem Bildungsgrad beurteilen (wohl zu Recht) ihren Gesundheitszustand signifikant schlechter als Menschen mit höherer

---

<sup>119</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008, S.255 f.

<sup>120</sup> ÖBIG: Soziale Ungleichheit und Gesundheit

<sup>121</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008, S.257

<sup>122</sup> ÖBIG: Soziale Ungleichheit und Gesundheit

<sup>123</sup> Statistik Austria, BMGFJ: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007, S.9

Bildung.<sup>124</sup> Es zeigt sich auch, dass der Bildungsabschluss einen Einfluss auf das Sterbealter hat. So sterben Menschen ohne weiterführenden Bildungsabschluss deutlich früher (Frauen um 3 Jahre und Männer um 6 Jahre) als Personen mit einem Universitäts- oder Hochschulabschluss.<sup>125</sup>

Wichtig für die Gesundheit ist auch die Qualität der Wohnverhältnisse: 14% der Armen leben in Wohnungen mit Schimmel oder feuchten Wänden.<sup>126</sup>

Kinder sind von Armut besonders betroffen, weil sie ihre körperliche, geistige, emotionale und soziale Entwicklung einschränkt. Ihre oftmals beeinträchtigte Leistungsfähigkeit bzw. psychische Ausgeglichenheit vermindern ihre Teilhabechancen und berühren den gesamten Prozess des Aufwachsens. **Kinder in armen Haushalten neigen zu Übergewicht:** Auf den Tisch kommen vorwiegend süße, sättigende Speisen und fettreiche Fertiggerichte. Bei Jugendlichen aus niederen sozialen Schichten zeigt sich auch erhöhter Nikotin- und Alkoholkonsum.<sup>127</sup> Kinder werden vor allem von Alleinerzieherinnen in die Schule geschickt, auch wenn sie krank sind, denn sie fürchten um ihren Arbeitsplatz bei häufigem Fehlen und Pflegeurlaub. Auch die **Säuglingssterblichkeit ist bei Einkommensschwächeren höher** als bei Einkommensstarken. Eine Befragung von SchülerInnen (im Alter von 11 bis 15 Jahren) ergab, dass bei Unterschicht-Kindern häufiger Kopfschmerzen, Nervosität, Schlafstörungen und Einsamkeit auftreten.

### **Folgen für die soziale und kulturelle Teilhabe**<sup>128</sup>

Armut äußert sich nicht nur durch eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten, sie hat auch Auswirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen. Die verminderte Lebensqualität äußert sich durch schlechtere Wohnverhältnisse, schlechtere Gesundheit oder geringere Entwicklungsmöglichkeiten. Armutsgefährdete Menschen sind zudem in ihren Möglichkeiten zu sozialer und kultureller Teilhabe beschränkt. Der Begriff „soziale Teilhabe“ umfasst dabei den Kontakt der Personen zu Verwandten, Freunden und der Nachbarschaft, den Organisationsgrad in Vereinen, Verbänden oder politischen Organisationen, sowie Freizeitaktivitäten. Wichtig ist die Integration in soziale Netzwerke nicht nur für das Selbstwertgefühl derjenigen/desjenigen, soziale Netzwerke zeichnen sich vor allem durch die zu erwartende Unterstützung und den erleichterten Zugang zu verschiedensten Ressourcen aus. Damit kann die Stärke der sozialen Teilhabe als soziales Kapital interpretiert werden.

---

<sup>124</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.123

<sup>125</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008, S.257

<sup>126</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.152

<sup>127</sup> ÖBIG: Soziale Ungleichheit und Gesundheit

<sup>128</sup> vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.57 f. und BMSK: Sozialbericht 2007-2008, S.248 f.

Prekäre Lebenssituationen, wie sie bei einkommensarmen und/oder deprivierten Personen häufig auftreten, führen oftmals zu einer Überforderung des sozialen Netzwerkes und damit zu Isolation und mangelnder Unterstützung. Vor allem **Arbeitslose, AlleinerzieherInnen und ältere Menschen sind aufgrund eingeschränkter Mobilität sowie eingeschränkter finanzieller und zeitlicher Ressourcen überdurchschnittlich oft von geringer Teilhabe betroffen**. Das Fehlen von regelmäßigen sozialen Kontakten tritt bei Personen, die in Deprivation<sup>129</sup> leben oder bei manifest Armen doppelt so häufig auf wie bei nicht Armen. Dies wirkt sich auch auf die Erwartung aus, soziale Unterstützung zu erhalten. So gehen nur 6% der nicht armen Personen davon aus, dass sie im Notfall keine Hilfe von Verwandten, Freund/innen oder Nachbarn bekommen, aber 14% der armutsgefährdeten, deprivierten oder in manifester Armut lebenden Personen gehen davon aus, keine Unterstützung zu bekommen. 15% der manifest Armen, aber nur 7% der Menschen ohne finanziellen Mangel haben nicht einmal telefonischen Kontakt zu Angehörigen oder Freunden. *„Der soziale Rückzug bzw. Ausschluss kann hier sowohl als Folge als auch als Ursache einer Armutslage interpretiert werden.“*<sup>430</sup> Einkommensschwache Personen nehmen auch seltener an kulturellen Veranstaltungen teil und sind weniger oft in Vereinen, Gruppen oder anderen Organisationen beteiligt, sodass sich ihr Netzwerk weiter verkleinert. Armut macht also auch einsam. Durch eine Stärkung der sozialen Kompetenzen (etwa durch Schulungen oder dergleichen) kann eine Verbesserung der Armutslagen durchaus erzielt werden.

Auch das Konzept der Armut oder des Reichtums an **Verwirklichungschancen** des Wirtschaftsnobelpreisträgers Amartya Sen geht in diese Richtung und wird in der Beurteilung von Armut und Reichtum immer wichtiger. Verwirklichungschancen sind nach Sen gleichbedeutend mit der Fähigkeit und vor allem Freiheit, das Leben nach eigenen Lebensplänen zu gestalten. So sollte es jedem Menschen möglich sein, frei von vermeidbaren Krankheiten zu leben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder eine Religion auszuüben. Wichtig ist hier immer, dass jedem Menschen die Wahl, etwas zu tun oder nicht, selbst überlassen bleibt. Wohlergehen ist nur dann möglich, wenn aus den vorhandenen Verwirklichungschancen frei gewählt werden kann.<sup>131</sup>

**Um Armut zu verhindern, ist daher ein Grundmaß an sozialen Chancen notwendig**, das durch den gleichen Zugang zu Institutionen ermöglicht werden muss. Diese Chancengleichheit kann praktisch nur durch öffentliche Leistungen sichergestellt werden.

---

<sup>129</sup> Unter Deprivation versteht man den beschränkten Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und soziale Ausgrenzung aus gesellschaftlichen Bereichen, die nicht notwendigerweise mit monetärer Armut einhergeht. Menschen, die in manifester Armut leben, leiden unter Deprivation und finanzieller Armut.

<sup>130</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008, S.250

<sup>131</sup> vgl. dazu: ÖGPP: 2.Armut- und Reichtumsbericht für Österreich, S.117 f.

## Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung

In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand in Österreich 62% des Gesamteinkommens aus.<sup>132</sup> Ohne Sozialtransfers wären in Österreich beispielsweise 34% aller alleinstehenden Frauen armutsgefährdet und sogar 58% aller AlleinerzieherInnen. Leistungen der öffentlichen Hand sind daher von größter Bedeutung, um die Armutsgefährdung zu verringern.<sup>133</sup>

Solche Leistungen sind vor allem finanzielle Unterstützungen bzw. Dienstleistungen des Bundes bzw. der Sozialversicherungen bei Arbeitslosigkeit, Unfall oder Krankheit, Pensionen und Pflegegelder, die diversen Familienleistungen (wie Wochengeld, Familienbeihilfe, Steuerabsetzbeträge, Kinderbetreuungsgeld sowie diverse Schul- und Studienbeihilfen), aber auch die Sozialleistungen der Länder und Gemeinden, vor allem die Sozialhilfe, die Wohn- und Mietzinsbeihilfen, die Behinderten- und Flüchtlingshilfen, Kinderbetreuungs- oder Senioreneinrichtungen.

**Ein Drittel aller Einkommen in Kärnten kommen aus Sozialleistungen** (11% aller Einkommen) und Pensionen (23% aller Einkommen). **Für 182.000 Kärntnerinnen und Kärntner (34% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle.**<sup>134</sup> **Ohne Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wären 150.000 Kärntnerinnen und Kärntner (28% der Bevölkerung) armutsgefährdet.** Ohne Pensionen wären es sogar 268.000 Menschen, worauf angesichts der schwerwiegenden Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf kapitalmarktbasierende Pensionsvorsorgen hingewiesen wird. **91.000 Menschen kommen in Kärnten durch Sozial- und Sozialversicherungsleistungen aus dem Bereich der Armutsgefährdung heraus, zumindest 59.000 bleiben dennoch armutsgefährdet,** weil diese Leistungen nicht hoch genug sind, um 60% des Medianeinkommens zu erreichen.<sup>135</sup> **Insgesamt wären in Kärnten etwa 77 Mio. Euro pro Jahr an zusätzlichen Einkommen für die armutsgefährdeten Personen notwendig, um diese Menschen mit einem Einkommen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle auszustatten.**

Schon derzeit reichen also die bestehenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen in Österreich wie auch in Kärnten nicht aus, um Armutsgefährdung und Armut zu verhindern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Einnahmekürzungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung, weil dadurch entweder die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen und damit die Einkünfte von Menschen aus solchen Leistungen verringert

---

<sup>132</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.16

<sup>133</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.129

<sup>134</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.106 ff.

<sup>135</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.129

oder aber Ausgaben für private (Zu-)Zahlungen („Selbstbehalte“, „private Vorsorgen“) erhöht werden. Ebenso **wirken Preiserhöhungen de facto armutsgefährdend**, wenn sie belastend auf lebensnotwendige Bereiche wie das Wohnen, die Energie, die Einkommen oder die Mobilität wirken. Die deutlich höhere Zahl arbeitsloser Menschen in Österreich hat in den vergangenen Jahren bei gleichzeitiger Kürzung des Arbeitslosengeldes zur höheren Armutsgefährdung ebenso beigetragen wie die Senkung verschiedener Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, wodurch die Sozialversicherungen zu Leistungseinschränkungen gezwungen wurden. Die Kürzung von Einkommen einerseits bzw. höhere Belastungen der Einkommen andererseits zeigten und zeigen zudem deutliche negative Rückwirkungen auf den Inlandskonsum, der selbst in Zeiten der Hochkonjunktur deutlich schwächer ausfiel als in vergangenen Aufschwungphasen. Zuletzt sorgten vor allem die deutlich erhöhten Energie- und Nahrungsmittelpreise für Belastungen armutsgefährdeter Haushalte.

Betroffen waren in den letzten Jahren durch öffentliches Sparen auch Einrichtungen, welche die Armut bekämpfen sollen: das Einfrieren der Wohnbauförderungsbeiträge des Bundes an die Länder und der Wegfall der „Kindergarten-Milliarde“ zum Bau von Krippen, Kindergärten und Horten haben es den Ländern und Gemeinden in den vergangenen Jahren erschwert, leistbaren Wohnraum bzw. bedarfsorientierte Kinderbetreuungseinrichtungen bereitzustellen. Das Sparen bei öffentlichen Subventionen hat die Arbeit gemeinnütziger sozialer Einrichtungen erschwert. Letztlich hat auch die deutliche Zunahme der Zuwanderung nach Österreich in den letzten Jahren zu höherer Armutsgefährdung beigetragen, zumal den Ländern und Gemeinden die entsprechenden Ressourcen für eine erfolgreiche Integration (im Arbeits-, im Wohn-, im Bildungs- oder Sozialbereich) nicht in ausreichendem Maße gegeben wurden.

### **Anstieg der Haushaltsausgaben**

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg von Armutsgefährdung und Armut durch Einschränkungen der Lebensführung sind in den letzten Jahren bei eher stagnierenden Einkommen die **wachsenden Lebenshaltungskosten**. In den Jahren 2000 bis 2002 sowie 2004 sind die Reallöhne in Österreich, die Pensionen bis 2006 sogar jedes Jahr real zurückgegangen, weil die Preissteigerungsraten über den Lohn-, Gehalts- und Pensionsanpassungen lagen. Auch im Jahr 2007 zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang der Reallöhne in Österreich um durchschnittlich 1,3 Prozent.<sup>136</sup>

Auch der Sozialbericht 2003/2004 räumt ein, „*dass Änderungen in den Ausgaben und Kostenstrukturen einen ressourcenzentrierten Ansatz nicht berühren*“<sup>137</sup>. Und derartige finanziel-

---

<sup>136</sup> Presse, 20.08.2008

<sup>137</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

le Belastungen (durch Steuer- und Abgabenerhöhungen, durch höhere Wohn- und Energiepreise oder Gesundheitskosten) gab es in den letzten Jahren unzweifelhaft.

Die Statistik Austria weist den allgemeinen **Anstieg der Verbraucherpreise** seit dem Jahr 2000 bis 2008 mit 18,3% aus. Die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind von 2000 bis 2008 um 28,8% und Kosten für Bildung (etwa durch die Einführung von Studiengebühren) sogar um 59,6% gestiegen.<sup>138</sup> Strom wurde allein in den Jahren 2003 bis 2007 um 23,1% teurer, Normalbenzin um 27,9%, Gas um 30,8%, Diesel um 39,7% und Heizöl um 66,9%.<sup>139</sup> Diese Verteuerungen treffen armutsgefährdete Menschen besonders stark, weil diese einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel, Wohnen und Gesundheit aufwenden müssen. „*Jede Erhöhung bei den Ausgaben belastet untere Einkommenshaushalte überproportional*“, bestätigt auch der Sozialbericht der Bundesregierung.<sup>140</sup>

Deutlich wird die erhöhte Belastung auch bei der veränderten Nachfrage bei Sozialeinrichtungen. Während es sich bis vor wenigen Jahren vorwiegend um finanzielle Hilfe für die Möglichkeit sozialer Teilhabe (zum Beispiel Schulskikurse) gehandelt hat, hat sich die Nachfrage mittlerweile auf elementare Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel und Heizkosten ausgeweitet.

Die **durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben** waren in Kärnten zum Zeitpunkt der letzten Erhebung (Konsumerhebung 2004/05) mit durchschnittlich 2.400 Euro monatlich im unteren Bereich der Bundesländer. Allerdings liegen in Kärnten einige wichtige Bereiche über dem österreichischen Durchschnitt, wie etwa Ernährung, Bekleidung und Verkehr. Damit liegt die Kaufkraft Kärntens weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt.<sup>141</sup>

---

<sup>138</sup> [http://www.statistik.at/web\\_de/static/jahresdurchschnitte\\_der\\_coicop-hauptgruppen\\_des\\_vpi\\_2000\\_022141.pdf](http://www.statistik.at/web_de/static/jahresdurchschnitte_der_coicop-hauptgruppen_des_vpi_2000_022141.pdf), Stand 18.05.2009

<sup>139</sup> [www.statistik.at](http://www.statistik.at): Jahresdurchschnittspreise für die wichtigsten Energieträger 2003 bis 2007

<sup>140</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

<sup>141</sup> APA0079 5 WI 0417

## Durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in Kärnten 2004/05<sup>142</sup>

Ausgabengruppe		Haushaltsausgaben	Äquivalenzausgaben
	in %	in Euro	
Ernährung	13,9	333	211
Alkohol, Tabak	2,5	59	36
Bekleidung, Schuhe	6,0	144	93
Wohnen, Energie	22,2	534	351
Wohnausstattung	6,8	163	98
Gesundheit	3,1	75	48
Verkehr	16,8	403	245
Kommunikation	2,6	63	41
Freizeit, Sport, Hobby	10,4	249	160
Bildung	1,0	25	12
Hotel, Cafes, Restaurants	4,3	103	66
sonstiges	10,4	250	161
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>2.400</b>	<b>1.521</b>

### Wohnkosten in Kärnten unterdurchschnittlich

Die **durchschnittlichen Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie** liegen laut Konsumerhebung 2004/2005 **in Kärnten** mit durchschnittlich 534 Euro pro Monat leicht **unter dem Österreichdurchschnitt** (566 Euro). In Kärnten wurden durchschnittlich 22,2% der Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie benötigt, in Österreich 22,3%.<sup>143</sup> Der **durchschnittliche Wohnungsaufwand bei Miet- und Eigentumswohnungen** einschließlich Betriebskosten lag in Kärnten auch laut Mikrozensus zuletzt (2008) **unter dem österreichischen Durchschnitt**. (Kärnten: 345 Euro, Ö: 373 Euro).<sup>144</sup>

Für 12% der KärntnerInnen (Ö: 18%) übersteigt aber der Wohnkostenanteil 25% des Haushaltseinkommens; das ist im unteren Bereich der Bundesländer. 13% der KärntnerInnen empfinden die Wohnkosten als starke Belastung, was dem österreichischen Durchschnitt entspricht.

Bei 12% der nicht armutsgefährdeten ÖsterreicherInnen, aber bei 69% der Armutsgefährdeten beträgt der Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen mehr als 25%. 29% der Armutsgefährdeten empfinden auch eine starke Wohnkostenbelastung.<sup>145</sup>

<sup>142</sup> Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, Seite 203-224; nicht regelmäßige Ausgaben (wie Energieabrechnungen, Urlaube, größere Anschaffungen, Reparaturen usw.) werden in dieser Darstellung auf die monatlichen Kosten umgerechnet.

<sup>143</sup> Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, S.203-224

<sup>144</sup> Statistik Austria: Wohnen 2008, S.173

<sup>145</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.121

Obwohl Armutsgefährdete häufig einen großen Teil ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben, zeigen sich doch Mängel bei Wohnungsgröße und –qualität. Einkommensschwache leiden öfter an Überbelag: Auch bei der Wohnausstattung weisen Wohnungen von Armutsgefährdeten oftmals Mängel auf. 7% der Armutsgefährdeten in Österreich haben kein WC in ihrer Wohnung, gar 12% kein eigenes Badezimmer und 7% haben keine Möglichkeit ihre Wohnung im Winter angenehm warm zu halten.<sup>146</sup>

Die Wohnsituation der österreichischen Bevölkerung unterscheidet sich je nach Wohnort. Während in Kleingemeinden die Mehrheit in Einfamilienhäusern lebt, leben in den Städten Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck 80%, in Wien gar 91% in Mehrwohnungshäusern. Dadurch lässt sich auch nur in den Städten eine Korrelation zwischen Armutsgefährdeten und Gebäudeart zeigen. Personen in Mehrparteienhäusern haben in den Städten eine durchschnittliche Armutsgefährdung von 19%, in Einfamilienhäusern hingegen nur 6%. Nach dem Rechtsverhältnis zeigt sich, dass ein Viertel der Bewohner von Gemeindebauten (in den Städten) armutsgefährdet sind, was auf die soziale Treffsicherheit solcher Bauten hinweist.<sup>147</sup>

Rund 43.000 Wohnungen bzw. 4,7% - waren zum Zeitpunkt der letzten Erhebung 2001 (Gebäude- und Wohnungszählung) im Eigentum einer Gebietskörperschaft oder gemeinnützigen Bauvereinigung und somit **einer gewissen sozialen Mietpreisbindung unterworfen**.<sup>148</sup> Beim Wohnen ist die Bedeutung von Sozialleistungen – etwa der Wohnbauförderung oder von Wohn- und Mietbeihilfen – besonders wichtig zur Senkung der Wohnkosten durch objekt- und subjektfördernde Maßnahmen.

Das Kostenniveau ist für neu auf den Wohnungsmarkt tretende Personen vor allem auf dem sog. „freien“ Wohnungsmarkt belastend, wo es Mietpreisbindungen kaum gibt: der Immobilienpreisspiegel 2009 wies für Kärnten durchschnittliche Mieten bei einer Neuvermietung – je nach Lage – zwischen 3,50 und 5,30 Euro/m<sup>2</sup> bei mittlerem Wohnwert und 4 bis 6,50 Euro/m<sup>2</sup> bei gutem Wohnwert auf – zuzüglich Betriebskosten, Heizung, Warmwasser und Strom. Die Kosten einer gebrauchten Eigentumswohnung betragen zwischen 560 und 925 Euro/m<sup>2</sup> bei einfachem Wohnwert und 770 bis 1.287,50 Euro/m<sup>2</sup> bei mittlerem Wohnwert, neue Eigentumswohnungen waren nicht unter 1.166,70 Euro/m<sup>2</sup> zu bekommen.<sup>149</sup> Innerhalb von Kärnten gibt es starke Schwankungen der Wohnkosten. Sehr teuer sind vor allem Spittal an der Drau und Villach (Stadt), relativ günstig Völkermarkt und St. Veit a. d. Glan.

---

<sup>146</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.58

<sup>147</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.53 f.

<sup>148</sup> Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Hauptergebnisse Kärnten, S.119

<sup>149</sup> Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2009

## **Verschuldung erhöht Armutsgefährdung stark**

Weder der Sozialbericht noch die Daten von EU-SILC geben Auskunft über die zunehmenden Ver- und Überschuldung privater Haushalte. Faktum ist allerdings, dass mit Privatkonkursen und Lohnpfändungen der finanzielle Spielraum von Haushalten enorm eingeschränkt wird.

Die **Überschuldung privater Haushalte** stellt **auch in Kärnten ein immer größeres Problem** dar: 2008 wurden in Kärnten **700 Privatkonkurse** eröffnet, das waren um 17% mehr als noch im Jahr 2007. Die durchschnittliche Verschuldung lag bei 124.000 Euro. Kärnten liegt mit der Verschuldung privater Haushalte mit einer Gesamtverschuldung von 86,8 Mio. Euro im Österreichvergleich im Mittelfeld; die Verschuldung pro Fall liegt etwas über dem österreichischen Durchschnitt (122.500 Euro).<sup>150</sup>

Hauptgründe für private Überschuldung sind bei jüngeren Menschen das Handy, Konsumzwang, Kontoüberziehungen und Umschuldungen sowie mangelhaftes Wissen um den richtigen Umgang mit Geld. Bei Erwachsenen sind es häufig ehemalige Selbständigkeit, Arbeitslosigkeit oder Einkommensverschlechterung und der mangelhafte Umgang mit Geld.<sup>151</sup>

Die weitaus größten Gläubiger sind die Banken. Konsumkredite wurden viele Jahre hindurch auch deshalb so stark beworben, weil für Banken in Österreich die Möglichkeit der Eintreibung der Schulden durch Lohnpfändung besteht. In einigen EU-Staaten sind derartige Gehaltspfändungen entweder überhaupt nicht vorgesehen oder nur dann möglich, wenn es sich dabei um Unterhaltsschulden oder um Forderungen des Staates (z.B. Steuerforderungen) handelt. Diese fehlende Möglichkeit für Gehaltspfändungen seitens kommerzieller Gläubiger hatte in diesen Ländern zur Folge, dass bei der Vergabe von Krediten vorsichtiger vorgegangen wurde.

## **Reichtum nimmt auch in Kärnten zu**

Während über das untere Ende der sozialen Skala, die Armut, durch Untersuchungen wie EU-SILC und die Sozialberichte des Sozialministeriums zahlreiche Daten zur Verfügung stehen, weiß man über das andere Ende, den Reichtum, nur wenig. Nur vereinzelt erscheinen Darstellungen über hohe Einkommen oder große Vermögen. Sie alle zeigen zumindest den Trend eines sehr starken, überdurchschnittlichen Wachstums.

Was ist „Reichtum“? Während heute in Europa relativ einheitliche Definitionen existieren, wann Armutsgefährdung beginnt (unter 60% des Medianeinkommens) und was Armut (Deprivation) ist, gibt es solche Definitionen für Reichtum noch kaum.

---

<sup>150</sup> Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2008 Private, S.5

<sup>151</sup> Schuldnerberatung: [www.schuldnerberatung.at](http://www.schuldnerberatung.at)

Bei dem Versuch Reichtum zu definieren scheint die Wissenschaft derzeit noch an ihre Grenzen zu stoßen, was auch der 2.deutsche Armuts- und Reichtumsbericht (aus dem Jahr 2004/05) belegt: *„Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen konkret sein soll; noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht.“*<sup>152</sup> Dass Reichtum jedoch nicht allein am Einkommen oder Geldvermögen zu messen ist, scheint eine Tatsache, deren Messung aber keineswegs einfacher ist als die Erfassung des tatsächlichen Reichtums. *„Auch bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite insbesondere hinsichtlich nicht-monetärer Reichtumsdimensionen. Dies gilt etwa für die Analyse „vererbter Chancen“ und gesellschaftlicher Hierarchien in der intergenerationalen Perspektive sowie der gesellschaftlichen Bedeutung der Funktion von „Eliten“. Ein Konsens über eine eindeutige konkrete begriffliche Bestimmung „privilegierter Lebenslagen“ in der Wissenschaft existiert nicht. (...) Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Vererbung von Ressourcen, speziell von Vermögen, aber auch die unterschiedliche Ausstattung mit sozialem oder kulturellem Kapital, das Vorhandensein persönlicher Netzwerke und der Zugang zu karriererelevanten Informationen sowie Aspekte des Habitus, z. B. Umgangsformen, Souveränität des Auftretens, hohe Allgemeinbildung usw.“*<sup>153</sup>

---

<sup>152</sup> BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 2.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S.45

<sup>153</sup> BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 2.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S.45

## Hohe Einkommen

„Ab wann eine Person oder ein Haushalt aufgrund des Einkommens als reich gelten soll, ist nach wie vor Gegenstand reger Diskussionen“<sup>154</sup>, heißt es im deutschen Bericht. Für die Festlegung einer Grenze bedient sich der Bericht der derzeit gängigen Definition für „hohe Einkommen“: „Am gebräuchlichsten in der Wissenschaft ist die Einkommensgrenze von 200% des mittleren äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens.“<sup>155</sup> Ab wann von Reichtum zu sprechen ist, ist noch schwieriger zu definieren. So wurde beispielsweise im letzten deutschen Armuts- und Reichtumsbericht als willkürliche Grenze das Erreichen eines Einkommens von einer Million gesetzt, dessen Problematik sich bei der Umstellung von DM auf Euro zeigte. Ebenso willkürlich ist aber auch die Festsetzung, das oberste Einkommensprozent als reich zu bezeichnen, wie es etwas der österreichische Sozialbericht 2003/04 tat.

Dieser Bericht unternimmt ebenfalls den Versuch, Einkommensgrenzen festzusetzen, was im Übrigen auch eine methodische Analogie zur Setzung von Einkommensgrenzen ist, ab denen Armutsgefährdung angenommen wird. In Anlehnung an den deutschen Bericht und die momentan gängige wissenschaftliche Definition übernehmen auch wir die Grenze der 200% des Medianeinkommens, aber der „hohe Einkommen“ beginnen (2006 wären das in Österreich 35.704 Euro verfügbares Einkommen gewesen).<sup>156</sup> Weiters definieren wir eine Einkommensgrenze, aber der von „Einkommensreichtum“ gesprochen werden kann, diese setzten wir bei 400% des Medianeinkommens an, das waren 2006 71.408 Euro. Es ist etwa jene Grenze, die zu Zeiten der Schilling-Währung 1 Million Schilling entsprach. Wer so viel verdiente oder hatte, galt im allgemeinen Sprachgebrauch als „Millionär“ und somit als „reich“. Demnach hatten in Österreich im Jahr 2006 über 570.500 Menschen ein hohes Einkommen, etwa 88.600 von ihnen waren als einkommensreich zu bezeichnen.

Auch EU-SILC versucht eine Darstellung der Einkommenssituation in diesem Bereich und wies zuletzt (2007) 732.000 Menschen aus, die in Haushalten mit „hohem Einkommen“ (mehr als 180% des Medianeinkommens) lebten. Das waren etwa 9% der Bevölkerung.<sup>157</sup>

Laut Lohnsteuerstatistik waren **in Kärnten im Jahr 2006** zumindest **22.100 aller Arbeitnehmereinkommen** (9,0%) **und mindestens 3.400 Pensionen** (2,5%) – zusammen knapp 25.500 Einkommen - als **hoch** einzustufen. Die 9,0% ArbeitnehmerInnen mit hohem Einkommen vereinigten auf sich mehr als ein Viertel (26,8%) aller Arbeitnehmereinkommen in Kärnten. Die 4,8% PensionistInnen bekamen 9,9% aller Pensionen. **2.400 ArbeitnehmerInnen in Kärnten und rund 230 PensionistInnen darunter konnten sogar als einkommensreich bezeichnet werden**, hatten also Einkommen bzw. Pensionen von mehr als

<sup>154</sup> BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 3.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S.32

<sup>155</sup> BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 3.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S.32

<sup>156</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.53

<sup>157</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.102. Haushalte mit mehr als 180% (das Dreifache) des Medianeinkommens.

400% des Medianeinkommens.<sup>158</sup> 2002 – vier Jahre zuvor - waren in Kärnten erst 17.300 (5%) aller Lohnsteuerpflichtigen Einkommen als hoch zu bezeichnen, die zusammen erst knapp 17% aller Arbeitnehmerentgelte und Pensionen bekamen. Etwa 1.800 von ihnen konnten damals als „einkommensreich“ bezeichnet werden.<sup>159</sup> Das heißt, die **Zahl der Menschen mit hohem Einkommen hat in Kärnten innerhalb von nur vier Jahren um etwa 8.200 Personen (oder 47%) zugenommen**, die **Zahl der Einkommensreichen um 850 (oder 48%)**. Ihr Einkommen hat in dieser Zeit um 48% oder etwa 593 Mio. Euro zugenommen, die Einkommen der „Reichen“ darunter sogar um 52% (oder 131 Mio. Euro).

Für das gleiche Jahr weist die Einkommensteuerstatistik 2006 in Kärnten etwa **5.800 Personen aus, die ein hohes einkommensteuerpflichtiges Jahreseinkommen hatten**. Das waren etwa 12% aller rd. 48.000 selbständig Erwerbstätigen (und teilweise zusätzlich unselbständig) Erwerbstätigen. Sie vereinigten etwa 52% (646 Mio. Euro) aller einkommenssteuerpflichtigen Einkommen (1,2 Mrd. Euro) auf sich. Rund 1.200 (insg. 4%) von ihnen konnten als einkommensreich bezeichnet werden. Sie vereinigten auf sich 30% der zu versteuernden Einkommen (377 Mio. Euro).<sup>160</sup> Die Zahl der Menschen mit hohem einkommensteuerpflichtigen Einkommen hat sich in Kärnten gegenüber 2002 um fast 700 Personen erhöht. Ihre Einkommen sind um rund 11% gestiegen.<sup>161</sup>

**Insgesamt gab es somit in Kärnten im Jahr 2006 31.300 Personen mit hohem Einkommen, 3.800 davon waren sogar einkommensreich.**

Die Einkommenssteuerstatistik für das Jahr 2007 ist noch ausständig, aber anhand der Lohnsteuerstatistik ist bereits der weitere Trend zu erkennen. Die Grenzen für hohe Einkommen und Einkommensreichtum haben sich kaum verändert, weil die Medianeinkommen kaum zunehmen. Die Zahl der hohen Einkommen ist jedoch um fast 12% (von 25.500) auf 28.500 Personen gestiegen. Die Zahl der Einkommensreichen unter ihnen ist um 18% (von 2.630) auf 3.100 Personen gestiegen.<sup>162</sup> Unter der Annahme, dass die Entwicklung der selbständig Erwerbstätigen sich ähnlich jener der unselbständig Erwerbstätigen verhält, gab es im Jahr 2007 rund 6.500 selbständig Erwerbstätige mit hohem Einkommen, 1.400 von ihnen waren einkommensreich. Damit gab es **in Kärnten im Jahr 2007 schätzungsweise bereits 35.000 Menschen mit hohem Einkommen** von fast 36.500 Euro pro Jahr. Das war eine weitere Zunahme um knapp 13% innerhalb nur eines Jahres. Etwa 4.500 davon waren sogar einkommensreich, erhielten jährlich also Einkommen von fast 73.000 Euro.

Berufsgruppen, die nicht nur hohe Einkommen erreichen, sondern unter denen Einkommensreiche häufig anzutreffen sind, sind Angestellte in führender Tätigkeit (Geschäftsleiter,

<sup>158</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006, S.159 und 170, eigene Berechnung

<sup>159</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S.146 und 156

<sup>160</sup> Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2006, S.62 und 110

<sup>161</sup> Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2002, S.104

<sup>162</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.171 und 182, eigene Berechnung

Geschäftsbereichsleiter), öffentlich Bedienstete mit hochqualifizierter oder führender Tätigkeit, Ärzte (vor allem die Fachärzte), Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler sowie Angehörige von gesetzgebenden Körperschaften, wobei Männer in diesen Einkommensgruppen weit stärker sind vertreten als Frauen.

## **Große Geldvermögen**

Die Höhe des Einkommens entscheidet über das verfügbare Einkommen, die Fähigkeit zur Vermögensbildung, die Höhe von Vermögen und Einkommen daraus.

Über vorhandene Geldvermögen gibt die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Oesterreichischen Nationalbank Auskunft. Danach hatten zuletzt (2008) die Privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck in Österreich Geldvermögen im Umfang von 449,3 Mrd. Euro.<sup>163</sup> Pro Haushalt waren dies durchschnittlich 126.000 Euro. Umgelegt auf die rund 236.500<sup>164</sup> Haushalte in **Kärnten** wären hier 2008 **rd. 29,8 Mrd. Euro an Geldvermögen in privaten Haushalten** vorhanden. Dazu kommen die **Geldvermögen der Wirtschaft (ohne Finanzwirtschaft), in Österreich waren das 2008** 332,8 Mrd. Euro<sup>165</sup> oder durchschnittlich 3,2 Mio. Euro pro Unternehmen. Umgerechnet auf die etwa 6.000<sup>166</sup> Unternehmen (Kapital- und Personengesellschaften) in Kärnten wären das **weitere 19,3 Mrd. Euro Geldvermögen der Kärntner Wirtschaft**.

Die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung hat auch eine Ungleichmäßigkeit der Vermögensverteilung zur Folge. Haushalte mit geringen Einkommen verfügen in der Regel über kein oder wenig Geldvermögen, umso mehr dagegen Haushalte mit hohem Einkommen. Detaillierte Untersuchungen über die Verteilung existieren in Österreich allerdings – im Gegensatz zu anderen Ländern (wie Deutschland) – nicht.

Eine weitere Quelle, die konkrete Hinweise über Geldvermögen gibt, ist der jährlich erscheinende „World Wealth Report“ von *Cap Gemini Ernst & Young und Merrill Lynch*. Er weist für Österreich zuletzt (Report 2009) rund 70.100 Dollar-MillionärInnen aus (minus 9,8% im Vergleich zum Vorjahr), also Menschen, die Geldvermögen von jeweils mehr als 1 Mio. Dollar (aktuell ca. 710.000 Euro) besaßen.<sup>167</sup> Zwar hat die Zahl der MillionärInnen in Österreich durch die Auswirkungen der Finanzkrise abgenommen, in Österreich war die Abnahme mit 9,8% im Vergleich zu 14,9% weltweit jedoch deutlich geringer.

Umgelegt auf **Kärnten** (7% der österreichischen Bevölkerung) würde das **etwa 4.900 „Dollar-Millionäre“**, solche sogenannte „High Net Worth Individuals“ bedeuten. Schon der Vor-

---

<sup>163</sup> [www.oenb.at](http://www.oenb.at)

<sup>164</sup> [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

<sup>165</sup> [www.oenb.at](http://www.oenb.at)

<sup>166</sup> Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2005, S.45

<sup>167</sup> [http://www.at.capgemini.com/presse/pressemitteilungen/wwr\\_2009](http://www.at.capgemini.com/presse/pressemitteilungen/wwr_2009), Stand 25.11.2009

jahresbericht wies darauf hin, dass mehr als in anderen Kontinenten in Europa dieser Reichtum (zu 50%) durch den Besitz oder Verkauf von Unternehmen entsteht, zu 19% durch ein Erbe, zu 13% durch Einkommen, zu 10% durch erfolgreiche Investitionen. In Österreich dürften 70% des Reichtums in Unternehmensbeteiligungen angelegt sein, 20% in Immobilien und knapp 10% in Finanzanlagen.<sup>168</sup>

Wenn sich die Situation in Kärnten nicht wesentlich von der österreichischen und europäischen unterscheidet, so hatten **diese rd. 4.900 KärntnerInnen Geldvermögen von durchschnittlich 3,8 Mio. Dollar (2,5 Mio. Euro) bzw. zusammen etwa 12 Mrd. Euro.** Das war fast doppelt so viel als sämtliche ArbeitnehmerInnen in Kärnten 2007 brutto verdienten.<sup>169</sup>

Nicht berücksichtigt sind in diesen Berichten die Sachvermögen.

### **Betriebsvermögen der Wirtschaft**

Die Bruttowertschöpfung der Kärntner Wirtschaft betrug zuletzt (2006) rd. 13,4 Mrd. Euro. Die ertragreichsten Wirtschaftsbereiche waren die Sachgütererzeugung (2,8 Mrd. Euro), das Realitätenwesen, die Vermietung und unternehmensbezogene Dienstleistungen (2,1 Mrd. Euro), der Handel und Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern (1,4 Mrd. Euro), sowie das Bauwesen (1,2 Mrd. Euro).<sup>170</sup>

Wirtschaftsbranchen, die mit Sachvermögen (vor allem Grundstücken, Gebäuden und Maschinen) als Erwerbsvermögen tätig sind, sind vor allem die Sachgütererzeugung, der Handel, das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, das Realitätenwesen, aber auch zahlreiche Dienstleistungsbranchen.

**Zur Sachvermögensbildung investierte die Kärntner Wirtschaft zuletzt (2006) brutto fast 3,5 Mrd. Euro.**<sup>171</sup> Solche Investitionen umfassen Nutztiere und Nutzpflanzungen, Bauten, Ausrüstungen (wie Fahrzeuge, Maschinen und Einrichtungen) sowie immaterielle Anlagegüter (wie Computerprogramme oder Urheberrechte).

**Immobilien**, die betrieblichen Zwecken dienen, sind vor allem Hotels und Beherbergungsbetriebe, Bürogebäude, Groß- und Einzelhandelsgebäude, gewerbliche Garagen, Industrie- und Lagergebäude, Bergbau- und Förderanlagen, Wohnhäuser sowie landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Die Gebäude- und Wohnungszählung 2001 ergab für Kärnten 24.992 Gebäude, die überwiegend wirtschaftlichen Zwecken (Hotels und Gasthäuser, Bürogebäude, Gebäude des Groß- und Einzelhandels, Werkstätten, Industrie- und Lagerhallen usw.) dien-

---

<sup>168</sup> [www.at.capgemini.com](http://www.at.capgemini.com)

<sup>169</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.171

<sup>170</sup> [www.statistik.at](http://www.statistik.at), Regionale Gesamtrechnung

<sup>171</sup> [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

ten<sup>172</sup> bzw. 27.621 Arbeitsstätten.<sup>173</sup> Zum Betriebsvermögen sind auch Grundflächen zu zählen, die der Bodenbewirtschaftung (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden usw.) oder als Lager- und Verkehrsflächen dienen. Unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer in ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer“ ergibt sich ein **Gebäudewert von 5,3 Mrd. Euro.**<sup>174</sup>

Die Häuser- und Wohnungszählung 2001 weist für Kärnten außerdem **12.809 Wohnungen**<sup>175</sup> aus, die **im Eigentum von Kärntner Unternehmen** standen und primär der Erzielung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen dienten. Wiederum unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer gab sich ein **Gebäudewert von etwa 401 Mio. Euro.**<sup>176</sup>

Die Einheitswertstatistik 1989 war die letzte ihrer Art, weil sie vor allem der Vermögensbesteuerung diente und diese 1994 abgeschafft wurde, sodass aktuellere Bewertungen des Sachvermögens der Gewerbe- und Industriebetriebe Österreichs – insbesondere der beweglichen Wirtschaftsgüter wie Maschinen und Geräte – nur annäherungsweise möglich sind.

**Kraftfahrzeuge** stellen ein beträchtliches und wichtiges Erwerbsmögen dar. In Kärnten waren Ende 2006 96.728 Kraftfahrzeuge registriert, die Erwerbszwecken dienten (als Lkw, Kombi, Zugmaschinen, Anhänger, Arbeitsmaschinen, Pkw zur Güterbeförderung).<sup>177</sup> Die Land- und Forstwirtschaft war davon Fahrzeughalter von 34.676 Fahrzeugen. Legt man wiederum die Bewertungsregeln der AK zugrunde, so haben die landwirtschaftlichen Kfz einen Wert von etwa 240 Mio. Euro, die anderen Kfz der Wirtschaft von zusammen etwa 435 Mio. Euro, zusammen also einen **Wert von etwa 675 Mio. Euro.**<sup>178</sup>

Dieses Betriebsvermögen zusammen machte 6,4 Mrd. Euro aus.

## Land- und Forstwirtschaftliches Vermögen

Die Wertschöpfung der Kärntner Land- und Forstwirtschaft betrug zuletzt (2006) 323 Mio. Euro, was 2,4% des BRP entsprach.

Ausgehend von einer Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens in Österreich durch die Arbeiterkammer 1997 und unter Heranziehung einer Studie des Marktfor-

---

<sup>172</sup> Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001, S.45

<sup>173</sup> Statistik Austria: Arbeitsstättenzählung 2001 – Hauptergebnisse Österreich, S.27

<sup>174</sup> nach dieser Bewertungsmethode ist auch die Arbeiterkammer bei ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich“ 1997 vorgegangen

<sup>175</sup> Statistik Austria:

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wohnen\\_und\\_gebaeude/bestand\\_an\\_gebaeuden\\_und\\_wohnungen/022985.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohnen_und_gebaeude/bestand_an_gebaeuden_und_wohnungen/022985.html) (Stand: 04.11.2008)

<sup>176</sup> auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der Arbeiterkammer 1997

<sup>177</sup> Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2006, S.299

<sup>178</sup> auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der AK-Studie 1997

schungsinstituts *Kreutzer, Fischer und Partner*<sup>179</sup> zur Neubewertung von landwirtschaftlichen Flächen, Gebäuden und Betriebsmitteln, ergibt sich für die 8.601 km<sup>2</sup> **land- und forstwirtschaftlichen Flächen in Kärnten** ein Wert von **etwa 22,6 Mrd. Euro**.

Unter Zugrundelegung einer Untersuchung zu den Buchführungsergebnissen der heimischen Landwirtschaft aus 1993 und einer Wertsteigerung um 4,4 % p.a. für land- und forstwirtschaftlichen Flächen ergibt sich aktuell ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen **Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Kärnten** von **rund 11,5 Mrd. Euro**.

Die Betriebsmittel umfassen schließlich die Pflanzen- und Viehbestände, Maschinen, Geräte, Vorräte, Geld und landwirtschaftlichen Nebenerwerb durch Gästebeherbergung. Unter Zugrundelegung der allgemeinen Preissteigerung ergibt sich ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen **Betriebsmittel in Kärnten** von **etwa 5,6 Mrd. Euro**.

Einschließlich der Kraftfahrzeuge ist das land- und forstwirtschaftliche Sachvermögen in Wien mit **insgesamt rund 39,9 Mrd. Euro** zu bewerten. Es ist zum überwiegenden Teil Erwerbsvermögen, zum geringeren Teil (wie die Wohnungen) Gebrauchsvermögen, zu einem bestimmten Teil aber auch Spekulationsvermögen (in Form von Bauland).

### **Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen**

Gebrauchsvermögen sind langlebige Güter, die dem Eigenbedarf dienen. Verbrauchsvermögen sind Güter, die noch unmittelbarer der Befriedigung eigener Bedürfnisse dienen wie Hausrat, Möbel oder Bekleidung. Wir konzentrieren uns auf das Gebrauchsvermögen an Wohnungen und Kraftfahrzeuge.

Die Arbeiterkammer konnte bei ihren Schätzungen 1997 auf die Grundwerbstatistik 1993 stützen. Die letzte Grunderwerbsstatistik erschien 1995, sodass heute für eine Bewertung einerseits die Immobilienpreisspiegel als Messgröße und Orientierung herangezogen werden müssen, bei denen die Verkaufspreise allerdings – je nach Region und Lage – enorm schwanken, andererseits die durchschnittlichen kapitalisierten Mieten und Ertragswerte.

Aus Zahl, Größen und Preisen für gebrauchte Eigentumswohnungen mit mittlerem bis gutem Wohnwert in Kärnten errechnen wir unter Berücksichtigung der Zahl der selbstgenutzten Eigentumswohnungen (2001 15.309) bei einer durchschnittlichen Größe von 87,3 m<sup>2</sup> einen durchschnittlichen Wert von 1.107 Euro/m<sup>2</sup> (im Jahr 2009). Für selbstgenutzte Einfamilienhäuser (2001: 104.419) mit mittlerem bis gutem Wohnwert ergab sich bei einer durchschnittlichen Größe von 130,3 m<sup>2</sup> ein Durchschnittspreis von 1.277 Euro/m<sup>2</sup> (im Jahr 2009).<sup>180</sup> Dar-

---

<sup>179</sup> APA0452, 24.2.2004

<sup>180</sup> Zahlen aus: Statistik Austria: Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2001, S.96, Statistik Austria: Wohnen 2008, S.32 und Immobilienpreisspiegel 2009

aus ergab sich **2009 ein Gesamtwert der selbstbenützten Eigentumswohnungen in Kärnten von etwa 1,5 Mrd. Euro und der selbstbenützten Einfamilienhäuser von etwa 17,4 Mrd. Euro, zusammen demnach etwa 18,9 Mrd. Euro.**

Ein erhebliches Gesamtvermögen stellen auch die 455.266 Kraftfahrzeuge dar, die Ende 2006 registriert waren. Von diesen waren 96.728 dem Erwerbsvermögen zuzurechnen sowie 2.939 Behörden, öffentlichen Unternehmen und Verbänden. 356.580 Kraftfahrzeuge standen im Eigentum von unselbständig Erwerbstätigen.<sup>181</sup> Legt man wieder die bereits erwähnten Bewertungsregeln zugrunde, so ergibt sich der **Wert der privaten Kraftfahrzeuge in Kärnten 2006 von knapp 1,1 Mrd. Euro.**

### **Erbschaften**

Durch Erbschaften und Schenkungen werden in Österreich jährlich schätzungsweise etwa 5 Mrd. Euro zwischen den Generationen transferiert, **in Kärnten schätzungsweise 350 Mio. Euro.** Für etwa 2,5% aller Haushalte – etwa 14.000 Menschen in Kärnten – verändert sich dadurch die Vermögenssituation. Die durchschnittliche Erbschafts- bzw. Schenkungssumme beträgt rund 50.000 Euro, die durchschnittliche Steuer betrug etwa 1.000 Euro. Erbschaften haben je nach vorheriger Vermögenssituation einen unterschiedlichen Einfluss auf die Vermögensausstattung der Haushalte. Für Haushalte mit geringem Vermögen stellen Erbschaften eine bedeutsame Quelle des persönlichen Vermögensaufbaus dar. Für bereits begüterte Haushalte macht die Vermögensübertragung demgegenüber einen geringeren Anteil ihres Vermögens aus. Wie der Sozialbericht 2007-08 feststellt sind Erbschaften sozial ungleich verteilt. *„Bildung, berufliche Position und Einkommen markieren die Trennlinie beim Erben. Erkennbar ist durchgängig das erwartete Muster einer positiven Korrelation von Einkommenshöhe und Erbschaftshöhe.“*<sup>182</sup>

### **Humanvermögen**

Bei der Darstellung von Reichtum und Vermögen sind auch immaterielle Bereiche zu betrachten, die über das messbare Geld- und Sachvermögen hinaus gehen. Reichtum und Vermögen „vermögen“ für ihre Nutznießer vieles: bessere Gesundheit, bessere Bildung und Ausbildung, bessere Chance auf Einkommen, mehr Einfluss auf Wirtschaft, Gesellschaft, Medien und Politik u.a.m.

---

<sup>181</sup> Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2006, S.299

<sup>182</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008, S.283

„Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut“, stellt der Sozialbericht 2003-2004 klar fest.<sup>183</sup> Bildung ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung für höheres Einkommen. 54% der AkademikerInnen und 38% der MaturantInnen in Österreich befinden sich im obersten Einkommensviertel, aber nur 13% jener, die keinen oder nur Pflichtschulabschluss haben.<sup>184</sup>

Im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“ wurde darauf hingewiesen, dass das Bildungsniveau der erwerbstätigen KärntnerInnen vom österreichischen Durchschnitt abweicht.

Höchste abgeschlossene Schulbildung (15 Jahre und älter) 2001<sup>185</sup>

	<b>Kärnten</b>	<b>in %</b>	<b>Ö in %</b>
Universität oder Fachhochschule	21.883	4,7	5,8
Berufs- und Lehrerbildende Akademie	8.200	1,8	1,7
Berufsbildende Höhere Schule, Kolleg	33.026	7,1	6,3
Allgemeinbildende Höhere Schule	19.706	4,2	5,2
Berufsbildende Mittlere Schule	56.741	12,2	11,5
Lehrlingsausbildung	176.139	37,8	33,9
Allgemeinbildende Pflichtschule	149.961	32,2	35,7

Die Ergebnisse der Volkszählung 2001 zeigen auch, dass **Kärnten** – bei allen Personen über 15 Jahren (also auch den nicht Erwerbstätigen) – **bei höheren Bildungsabschlüssen eher unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt** liegt, beim Anteil der Lehrlingsabschlüsse ist Kärnten dagegen stärker vertreten als im Bundesdurchschnitt. Und das wirkt sich natürlich auch auf die durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen von ArbeitnehmerInnen aus, die in Kärnten 3,7% unter dem Bundesdurchschnitt liegen.<sup>186</sup>

Die Verteilung der Bildungsabschlüsse variiert nach Geschlecht, Region und Nationalität. Männer erreichen ein höheres durchschnittliches Bildungsniveau als Frauen. Sie sind bei den akademischen Abschlüssen stärker vertreten, während Frauen häufiger keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen. Bei MigrantInnen ist der nicht berufsqualifizierende Abschluss am häufigsten vertreten. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem schlägt die soziale Herkunft nach wie vor stark über Bildung auf die berufliche Platzierung durch.

<sup>183</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.219

<sup>184</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.100

<sup>185</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II - Kärnten, S.18

<sup>186</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2008, Kap. 9.07

## Reiche, vermögende KärntnerInnen

Das österreichische Wirtschaftsmagazin TREND<sup>187</sup> gibt den Reichen und Vermögenden in Österreich seit einigen Jahren konkrete Namen. Unter den 100 reichsten ÖsterreicherInnen befanden sich zuletzt (2008) wiederum etliche KärntnerInnen.

### Die reichsten KärntnerInnen (geschätztes Vermögen in Euro)

Name	Platz	Vermögen
Die Flick Erben	2	6,1 Milliarden Euro
Horten, Heidi	7	3,4 Milliarden Euro
Haselsteiner, Hans Peter	15	1,7 Milliarden Euro
Kaufmann, Michael, Andrea, Christian	16	-
Soravia, Familie	zwischen 51 und 100	-
Liaunig, Herbert	zwischen 51 und 100	-
Hirsch, Hermann & Robert	zwischen 51 und 100	-

## Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument

Die allgemeine Wirtschaftspolitik und -entwicklung, die Lohn- und Beschäftigungspolitik, die Bildungspolitik, die öffentliche Haushaltspolitik, das Geschlecht, die Zinspolitik, Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Spekulation mit Vermögen bewirken und verstärken Unterschiede in den Einkommen und Vermögen der Bevölkerung und fördern das Entstehen von Armut und Reichtum.

In ganz besonderem Maße tut dies aber die Steuerpolitik. Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Kärnten.

### 1. Besteuerung von Einkommen

Bei der Besteuerung von Einkommen unterscheidet das österreichische Steuerrecht im Wesentlichen zwischen natürlichen und juristischen Personen. Die Besteuerung der natürlichen Personen ist im Einkommensteuergesetz geregelt, die Besteuerung der juristischen Personen im Körperschaftsteuergesetz.

Einer unbeschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung. Steuermindernd wirken *Sonderausgaben*, *Außergewöhnliche Belastungen* und *Werbungskosten*. Steuerfreie Einkom-

<sup>187</sup> TREND. Das österreichische Wirtschaftsmagazin 7/2008

men sind sehr häufig die Einkünfte aus umverteiltem Einkommen wie etwa Leistungen aus öffentlichen Mitteln (v.a. Sozialleistungen) und auch bestimmte Teile von Arbeitnehmereinkünften, die der Lohnsteuer unterliegen.

Für Einkommen gilt in der Regel eine jährliche Erklärung der Einkünfte in einer Einkommenssteuererklärung. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird die Einkommensteuer in Form der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber einbehalten bzw. an die Finanzbehörde abgeführt.

In **Kärnten** mussten zuletzt (2007) von den 248.868 **Arbeitnehmereinkommen** 200.211 (80%) aufgrund des Erreichens einer bestimmten Einkommenshöhe Lohnsteuer bezahlen. Von einem durchschnittlichen Brutto-Einkommen von 25.395 Euro pro Jahr wurden 3.656 Euro (oder **14%**) **als Lohnsteuer** einbehalten und weitere 16% an Sozialversicherungsbeiträgen. Insgesamt betragen die ArbeitnehmerInneneinkünfte in Kärnten im Jahr 2007 6,32 Mrd. Euro, von denen **909 Mio. Euro** als Lohnsteuer und 1,0 Mrd. Euro als Sozialversicherungsbeiträge einbehalten wurden.<sup>188</sup> Im Jahr 2002 waren es 5,19 Mrd. Euro bzw. 726 Mio. Euro Lohnsteuern und 821 Mio. Euro an Sozialversicherungsbeiträgen.<sup>189</sup>

Die 137.610 **Pensionen** in **Kärnten** (durchschnittliche Höhe 17.893 Euro brutto jährlich) wurden 2007 mit durchschnittlich **11%** (2.032 Euro) **Lohnsteuer** besteuert. Insgesamt betragen die Pensionen in Kärnten im Jahr 2007 brutto 2,43 Mrd. Euro, von denen **280 Mio. Euro** an Lohnsteuer einbehalten wurden.<sup>190</sup> Im Jahr 2002 waren es 2,08 Mrd. Euro bzw. 251 Mio. Euro an Lohnsteuer und 89 Mio. Euro an Sozialversicherungsbeiträgen.<sup>191</sup>

47.969 Personen wiesen in **Kärnten** zuletzt (2006) einkommensteuerpflichtige Einkünfte von zusammen 1,26 Mrd. Euro aus, von denen 381 Mio. Euro an Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen waren. Sie mussten im Jahr 2006 von ihren steuerpflichtigen Einkünften in Höhe von durchschnittlich 26.340 Euro durchschnittlich 30% (7.940 Euro) an **Lohn- und Einkommensteuer** bezahlen (zum Vergleich: 2002 waren es durchschnittlich 24.524 Euro bzw. **32,1%** oder 7.863 Euro). Von diesen 47.969 Personen (2002: 45.912) waren 18.432 (2002: 18.427) ausschließlich selbständig erwerbstätig, 29.537 (2002: 27.485) hatten auch Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit.<sup>192</sup>

Nicht-natürliche, also juristische Personen zahlen für ihre Einkommen Körperschaftsteuer. Einer unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht<sup>193</sup> unterliegen im Wesentlichen Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegen-

---

<sup>188</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.178

<sup>189</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S.146

<sup>190</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.182

<sup>191</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S.149

<sup>192</sup> Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2006, S.62 f. und Einkommensteuerstatistik 2002, S.54

f.

<sup>193</sup> Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. I Nr.81/2008 § 1

seitigkeit, Vereine, Anstalten, Stiftungen, andere Zweckvermögen und sonstige juristische Personen des privaten Rechts. Von der Körperschaftsteuer befreit<sup>194</sup> sind v.a. öffentliche und gemeinnützige Unternehmungen und Vereinigungen, Pensions- und Unterstützungskassen, land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften, kollektivvertragsfähige Berufsvereinigungen und auch Privatstiftungen, für die es im Körperschaftssteuergesetz sogar ausführliche „Sondervorschriften“<sup>195</sup> gibt. Es dürfen zahlreiche Betriebsausgaben steuermindernd geltend gemacht werden. Die Körperschaftsteuer ist im Gegensatz zur Einkommensteuer nicht progressiv gestaltet. Der Steuersatz betrug bis 2004 34%, seit 2005 nur mehr 25%. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wurden im Bundesfinanzgesetz 2009 mit 4,8 Mrd. Euro veranschlagt.

Von den zuletzt (2004) 6.041 „Veranlagungsfällen“ in **Kärnten** waren 3.531 Unternehmen (oder 58%) „Steuerfälle“, die Gewinne auswiesen, 42% (oder 2.510) dagegen wiesen gegenüber der Finanz Verluste aus. Die Steuerfälle wiesen zusammen ein zu versteuerndes Einkommen von 726 Mio. Euro (= durchschnittlich 205.515 Euro pro Betrieb) auf, von dem noch **etwa 190 Mio. Euro (26%) an Körperschaftsteuer** (= durchschnittlich etwa 53.872 Euro pro steuerpflichtigem Unternehmen) zu zahlen waren. 42% aller Unternehmen in Kärnten (2.510) hatten kein zu versteuerndes Einkommen ausgewiesen und lediglich Mindestkörperschaftsteuer zu zahlen.<sup>196</sup> Noch vier Jahre zuvor (2000) waren nur 40% der Unternehmen in Kärnten Steuerfälle, die Gewinne von durchschnittlich 196.866 Euro auswiesen und davon 35% (oder 69.637 Euro pro Unternehmen) an Körperschaftsteuer zahlten.<sup>197</sup>

Bei Einkünften aus inländischen Kapitalvermögen sind 25% von natürlichen wie auch juristischen Personen als Kapitalertragsteuer abzuführen. Auch die Kapitalertragssteuer ist im Einkommensteuergesetz geregelt. Bei natürlichen Personen wird die Kapitalertragsteuer auf Einkünfte wie Bankzinsen, Dividenden, Bezüge aus Wertpapieren durch die kontoführende Bank einbehalten und an die Finanzbehörde abgeführt (Prinzip des „Quellensteuerabzuges“). Juristische Personen wie Unternehmen haben beispielsweise für Gewinnausschüttungen, Privatstiftungen für Zuwendungen an begünstigte Personen Kapitalertragsteuer zu bezahlen.

Natürliche Personen werden in Österreich 2008 an Lohnsteuer voraussichtlich 20,0 Mrd. Euro, an Einkommensteuer mit 2,85 Mrd. Euro und an Kapitalertragsteuer für Zinsen mit 1,55 Mrd. Euro bezahlen. Das sind zusammen 24,4 Mrd. Euro. Juristische Personen werden 2008 voraussichtlich 5,9 Mrd. Euro an Körperschaftsteuer und weitere 950 Mio. Euro an Kapitalertragssteuer bezahlen, das sind zusammen 6,85 Mrd. Euro.

---

<sup>194</sup> Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. I Nr.81/2008 § 5

<sup>195</sup> Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. I Nr.81/2008 § 13

<sup>196</sup> Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2005, S.52f.

<sup>197</sup> Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2000, S.46f. und 120

Das System der Einkommensbesteuerung ist in Österreich grundsätzlich progressiv gestaltet: je höher das Einkommen, umso höher der Prozentsatz, der als Einkommen- oder Lohnsteuer abgeführt werden muss (bis zu 50%). Diese Tarifstaffelung ist für die Einkommen- und Lohnsteuer gleich. Das progressive Prinzip gilt allerdings nicht bei der Kapitalertragsteuer, wo ein einheitlicher Steuersatz von 25% gilt. Und es gilt nicht bei der Körperschaftsteuer, wo ebenfalls seit 2005 einheitlich 25% vom Gewinn zu zahlen ist. Das Steuerrecht in Österreich besteuert also Einkommen in sehr unterschiedlicher Weise. Eine in Österreich zeitweise diskutierte einheitliche Einkommensbesteuerung („flat tax“ in Höhe von 25%) würde – wenn es zu keiner Steuererhöhung für kleine Einkommen soll – daher lediglich zu einer Senkung der Steuern für hohe Einkommen und damit Einnahmehausfällen in öffentlichen Haushalten führen.

## **2. Besteuerung der Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch)**

Die Einkommensverwendung wird durch die Umsatzsteuer, Verkehrs- und Verbrauchsteuern besteuert.

Die Umsatzsteuer wurde in der heutigen Form 1973 als „Mehrwertsteuer“ eingeführt. Sie ist mit einem veranschlagten Ertrag von 21,9 Mrd. Euro 2009 die ertragreichste Steuer in Österreich. Die Steuersätze sind für bestimmte Waren- und Leistungsgruppen festgelegt. Zwischen 1978 und 1994 bestand in Österreich eine Sonderform der Umsatzsteuer, die „Luxussteuer“, eine Umsatzsteuer auf wertvolle Gegenstände wie Autos, Schmuck, Teppiche, Pelzmäntel, Antiquitäten usw. in Höhe von zunächst 30%, ab 1984 32%. Mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 wurde sie abgeschafft.

Verbrauchssteuern zählen zu den ältesten Formen der Besteuerung. Zu ihnen zählen die Tabak-, Bier-, Mineralöl- und Alkoholsteuer. Die Steuersätze sind für bestimmte Verbrauchsmengen festgelegt. Ihr Gesamtertrag wurde für 2009 mit 5,56 Mrd. Euro veranschlagt, wobei die Mineralölsteuer (mit 3,9 Mrd. Euro) und die Tabaksteuer (mit 1,35 Mrd. Euro) für den Großteil der Einnahmen sorgen sollen.

Verkehrssteuern besteuern den Verbrauch (wie die Energieabgabe), spezielle Umsätze (wie Versicherungsverträge, Wetteinsätze, Werbemaßnahmen), vor allem aber den Erwerb und Betrieb von Kraftfahrzeugen. Die wichtigsten Verkehrssteuern sind die motorbezogene Versicherungssteuer, die Versicherungssteuer, die Energieabgabe, die Normverbrauchsabgabe, die Spielbankabgabe und die Konzessionsabgabe. Der Gesamtertrag dieser Verkehrssteuern wurde für 2009 mit 5 Mrd. Euro veranschlagt.

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern machen mit zusammen 32,5 Mrd. Euro im Jahr 2009 etwa die Hälfte der veranschlagten Steuereinnahmen des Bundes aus. Sie nehmen auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen kaum Rücksicht. Progressi-

ve Elemente sind nur in ganz wenigen Steuern vorhanden (vor allem bei den Kfz-Steuern, allerdings aus ökologischen Gründen). Es gibt auch nur wenige Ausnahmen von dieser Steuerpflicht. Indirekte Steuern belasten daher kleine Einkommen relativ stärker als höhere Einkommen. Es wird lediglich eine „aufwendigere Lebensweise“ stärker besteuert als eine sparsamere, zu der Einkommensschwächere aber ohnehin gezwungen sind.

Umgelegt auf Kärnten würde das bedeuten, dass angenommen werden kann, dass die **Kärntner Bevölkerung jährlich 2,2 Mrd. Euro an Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern** bezahlt. Das sind durchschnittlich etwas mehr als 3.900 Euro pro Kopf und Jahr bzw. etwa 9.300 Euro pro Haushalt<sup>198</sup> und Jahr bzw. pro Kopf 325 Euro und pro Haushalt 775 Euro monatlich.

### 3. Besteuerung von Vermögen

Die Besteuerung von Vermögen war historisch meist die Hauptsteuer, eine direkte Steuer auf Eigentum an Sachgütern und wirtschaftlich verwertbaren Rechten, die entweder direkt die Vermögenssubstanz oder nur den Vermögensertrag (Zinsen, Mieten, Dividenden) oder auch den Vermögensverkehr besteuert hat. Dem ist heute nicht mehr so. Sie machen nur mehr 5% der gesamten Steuereinnahmen aus.

### 4. Besteuerung von Geldvermögen

„*Österreich ist ein Steuerparadies für Reiche*“ und „*ein guter Platz für Reiche, die ungern Steuer zahlen*“ titelten Österreichs Tageszeitungen, als im Frühjahr 2003 ein Studie der *Hypo Investmentbank Liechtenstein* veröffentlicht wurde, welche Österreich als „*steueroptimalen Wohnsitz*“ für Reiche empfahl.<sup>199</sup> Auch wenn diese Schlagzeilen bereits vor 6 Jahren veröffentlicht wurden, hat sich an ihrer Aktualität auch im Jahr 2009 nichts verändert.

Seit der Abschaffung der Vermögenssteuer 1994 ist die Kapitalertragsteuer die wichtigste Steuer in Österreich, die am Geldvermögen ansetzt, allerdings nur am Kapitalertrag, also den Einkünften aus dem Kapital, nicht am Kapital selbst. Sie beträgt 25% der Kapitaleinkünfte. Angesichts des Umstandes, dass die Oesterreichische Nationalbank zu Jahresende 2007 Geldvermögen in Österreich von insgesamt 2.155 Mrd. Euro auswies, machte sich der Erlös der Kapitalertragssteuer im Jahr 2007 mit 3,2 Mrd. Euro<sup>200</sup> bescheiden aus. Dies waren gerade einmal 0,15% gemessen an den gesamten Geldvermögen.

Der Erbschafts- und Schenkungssteuer unterlagen bisher sowohl Geld- wie auch andere Sachvermögen. Erwerber eines Geld- oder Sachvermögens durch Schenkung (im Schenkungsfall: auch der Geschenkgeber) unterlagen der Schenkungssteuerpflicht. Erwerb eines

<sup>198</sup> 236.500 Haushalte (www.statistik.at)

<sup>199</sup> Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse

<sup>200</sup> Bundesfinanzgesetz 2009

Sachvermögens von Todes wegen unterlag der Erbschaftssteuer (bei Geldvermögen gilt die Kapitalertragsteuer als Endbesteuerung). Der Steuersatz war sehr progressiv und betrug 2 bis 60%, je nach Verwandtschaftsverhältnis und Größe des Vermögens. Der für 2009 veranschlagte Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer wurde mit 40 Mio. Euro angesetzt.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer ist mit Ende Juli 2008 ausgelaufen. Der Verfassungsgerichtshof hatte es 2006 für gleichheitswidrig erkannt, dass „alte“ Grundwerte für die Bemessung herangezogen werden. Am Prinzip der Erbschafts- und Schenkungssteuer selbst hatte der Verfassungsgerichtshof nicht gezweifelt, denn durch ihre Abschaffung würde sogar eine Besteuerungslücke entstehen, die den finanzwissenschaftlichen Besteuerungsgrundsätzen der Allgemeinheit, Gleichmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit widersprechen wird. Seit 1.8.2008 sind Schenkungen, deren Wert unter Nicht-Angehörigen 15.000 Euro in 5 Jahren und bei Angehörigen 50.000 Euro innerhalb eines Jahres überschreitet, der Finanzbehörde einfach nur mehr zu melden.<sup>201</sup>

## **5. Besteuerung von Grund und Boden**

Der Besitz und der Erwerb von Grund und Boden werden in Österreich besteuert, und auch – zumindest teilweise - die Nichtnutzung. Allerdings ebenfalls in sehr geringem Maße.

Inländischer Grundbesitz wird in Österreich mit der Grundsteuer besteuert, die im Grundsteuergesetz geregelt ist. Für Grundstücke gilt dabei im Wesentlichen eine Steuermesszahl von 0,2% des Einheitswertes, für geringe Einheitswerte etwas weniger, für höhere etwas mehr, bei Einfamilienhäusern mehr, im Mehrgeschosswohnbau weniger. Der Steuermessbetrag wird noch durch einen Hebesatz erhöht, den die Gemeinden bis zu einer gesetzlichen Höchstgrenze festsetzen können, wodurch sich dann der tatsächliche Jahresbetrag ergibt. Durch das Zusammenwirken von Steuermesszahlen und Hebesätzen ergibt somit im Allgemeinen eine Grundsteuer in der Höhe von rund 0,8% des Einheitswertes pro Jahr, wodurch sie „*nicht ins Gewicht fällt*“, wie die Studie der Liechtensteinischen Bank richtigerweise feststellt.<sup>202</sup>

Ausgenommen von der Grundsteuerpflicht sind im wesentlichen öffentlich und gemeinnützig genutzter Grundbesitz sowie aufgrund landesgesetzlicher Befreiungen vielfach auch der Eigenheimbau. Die letzte Einheitswertfeststellung in Österreich erfolgte zum 1.1.1973. Seither erfolgten drei Einheitswerterhöhungen und seit 1983 nur mehr gesetzliche Anhebungen der Hebesätze.

---

<sup>201</sup> Schenkungsmeldegesetz 2008

<sup>202</sup> Hypo Investment Bank, S.14

Die Erträge aus der Grundsteuer betragen im Jahr 2005 528,6 Mio. Euro (1999 waren es etwa 450,6 Mio. Euro).<sup>203</sup> Rückgerechnet ergeben sich daraus Einheitswerte für Grund und Boden in Österreich von 66,1 Mrd. Euro. Der tatsächliche Wert jener Grundstücke und Gebäude der Wirtschaft, Landwirtschaft und Privaten, die in dieser Arbeit bewertet wurden, liegt aber bei etwa 695 Mrd. Euro und damit um etwa das Zehneinhalbfache höher. Dies entspricht auch jenen Ergebnissen der Arbeiterkammerstudie zu den Vermögen in Österreich aus 1997, die das land- und forstwirtschaftliche Vermögen mit dem Neuneinhalbfachen des Einheitswertes bewertete, das Roh-Betriebsvermögen abzüglich Schulden und Rücklagen mit dem Zehnfachen des saldierten Einheitswertes und für die Bauten in der Kapitalstockrechnung das Elffache des Einheitswertes der Betriebsgrundstücke errechnete.

Die Bodenwertabgabe soll als Zusatzbesteuerung zur Grundsteuer die Spekulation durch Nichtnutzung eindämmen. Bemessungsgrundlage ist ebenfalls der Einheitswert. Die Steuerhöhe beträgt 1% des den Betrag von 14.600 Euro übersteigenden Einheitswertes. Der Finanzminister veranschlagte die Erträge aus der Bodenwertabgabe im Jahr 2009 allerdings mit nur 5 Mio. Euro. Die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben haben diese für ihre betrieblich genutzten Flächen zu bezahlen. Sie bemisst sich, da dieses Vermögen vor allem in Form von Grundbesitz besteht, ebenfalls am Messbetrag für die Grundsteuer sowie an ähnlich den Hebesätzen gestalteten, aber bundesgesetzlich einheitlich geregelten Erhöhungsbeträgen (derzeit das Vierfache des Steuermessbetrages), die allerdings seit 1985 unverändert sind. Ihr Ertrag für 2009 wurde vom Finanzminister mit 20 Mio. Euro veranschlagt.

Mit der Grunderwerbsteuer wird in Österreich der Kauf bzw. die Einbringung von Grund und Boden in eine Gesellschaft und dergleichen besteuert. Sie ist eine Verkehrssteuer, besteuert aber eigentlich den Aufbau von Vermögen. Sie wird als einzige Steuer auf Grund und Boden nicht nach dem Einheitswert bemessen, sondern nach „dem Wert der Gegenleistung“, also in der Regel dem Kaufpreis und beträgt im allgemeinen 3,5%, bei Erwerben zwischen nahen Angehörigen nur 2%, zuzüglich 1% Grundbuchseintragungsgebühr. Der für 2009 veranschlagte Ertrag wird vom Finanzminister mit 680 Mio. Euro geschätzt.

Der Ertrag aus der Besteuerung von Grund und Boden beträgt somit in Österreich jährlich etwa 1,2 Mrd. Euro, unter Einrechnung der Erbschafts- und Schenkungssteuer etwa 1,3 Mrd. Euro. Gegenüber dem Jahr 2004 ist das eine Zunahme von nur etwa 200 Mio. Euro, die hauptsächlich auf Mehreinnahmen der Grund- und Grunderwerbsteuer zurückzuführen sind. Gemessen am Grundvermögen in Österreich – etwa 695 Mrd. Euro – ist die Grundbesteuerung mit etwa 0,2% p.a. aber ebenso gering wie die Besteuerung von Geldvermögen.

---

<sup>203</sup> OECD Revenue Statistics (2006)

## 6. Steuerparadies Privatstiftungen

Ein wahres Steuerparadies sind die Privatstiftungen. Per 1.9.1993 wurden durch einen einstimmigen Beschluss des Nationalrates „Privatstiftungen“ ermöglicht. Bis dahin mussten Stiftungen in Österreich gemeinnützig und mildtätig sein, seither nicht mehr. Mittlerweile wurden nach Angaben des Forums Privatstiftungen Ende 2007 etwa 3.200 Privatstiftungen gegründet. In diesen sind Vermögen (vor allem Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere und Immobilien) im Wert von – je nach Schätzung (offizielle Zahlen gibt es mit dem Hinweis auf Wahrung der Diskretion nicht) - bis zu 60 Mrd. Euro steuerschonend veranlagt. Auf eine Privatstiftung entfallen damit durchschnittlich Vermögen von etwa 20 Mio. Euro.

„Bei Vermögen von 5 bis 10 Millionen Euro empfiehlt sich im Laufe der Zeit die Errichtung einer österreichischen Privatstiftung“, rät die Studie des Liechtensteinischen Bankhauses, welche deren Vorteile für Reiche in besonderem Maße lobt und beschreibt. Denn „Der Steuervorteil der Privatstiftung vergrößert sich, wenn der Umfang des Stiftungsvermögens zunimmt“.<sup>204</sup> Während Einkommen aus Arbeit also progressiv besteuert wird, werden Einkommen aus Privatstiftungen in Österreich sogar degressiv besteuert: je mehr Vermögen, desto weniger Steuern sind zu zahlen.

Die Beliebtheit der Privatstiftungen erklärt sich aus ihren „*erheblichen steuerlichen Erleichterungen*“.<sup>205</sup> Völlig steuerfrei sind Dividenden aus in- und ausländischen Aktien, die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden. Völlig steuerfrei sind auch alle Einkünfte aus Kursgewinnen von Anleihen sowie Einkünfte aus Kursgewinnen direkt gehaltener Aktien. Auch „*Die Erbschaftssteuervorteile der österreichischen Privatstiftung sind beträchtlich*“, meint die Bank-Studie: sie beträgt nur ein Drittel des sonst üblichen Maßes.<sup>206</sup> Nach dem Tod des Stifters fällt auf die Gesamtdauer einer Stiftung – das können bis zu 200 Jahre sein – keinerlei weitere Erbschaftsteuer mehr an. Hat schon die Steuerreform 2005 die Steuerprivilegien der Privatstiftungen in Österreich vergrößert, so erfolgte dies auch durch den Wegfall der Schenkungssteuer: So wurden die 5% vom Vermögen, die als Eingangssteuer bei Gründung der Stiftung zu zahlen war und eine Form der Schenkungssteuer war, 2008 auf 2,5% halbiert. Die Privatstiftungen haben daher den Reichtum in Österreich vergrößert.

Für die Gründung einer Privatstiftung sind meist sehr persönliche Motive ausschlaggebend: Sehr oft wird als „Stiftungszweck“ schlicht die Versorgung des Stifters oder seiner Nachkommen angegeben. Ein anderes beliebtes Motiv ist, Erbstreitereien unter Nachkommen zu verhindern und das Vermögen vor dem Zugriff von Gläubigern und der Finanz zu schützen. Zu den großen Stiftern gehören in Österreich der alte Adel, große Unternehmerfamilien, Me-

---

<sup>204</sup> Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse

<sup>205</sup> ebd., S.11

<sup>206</sup> ebd., S.16

dienzare und Politikerfamilien, weshalb es auch keine öffentliche Diskussion über die Abschaffung dieser Steuerprivilegien gibt.

Die gesamten hier genannten Vermögenssteuern auf Geld- und Sachvermögen (Kapitalertragsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer und die Steuern auf Grund und Boden) betragen derzeit in Österreich etwa 3,8 Mrd. Euro. Angesichts vorhandener Geld- und Sachvermögen in Österreich von zusammen etwa 3.440 Mrd. Euro entspricht das etwa 0,1% p.a.. Zieht man vom Gesamtvermögen noch die Verpflichtungen (2.171 Mrd. Euro) ab, so wird das Nettogesamtvermögen in Österreich von 1.269 Mrd. Euro mit 0,3% p.a. besteuert.<sup>207</sup>

## 7. Steuerrückstände und Steuerhinterziehung

Die Summe der Steuerrückstände ist in den Jahren 2002 bis 2007 laut einem Bundesministerium für Finanzen um 8% gestiegen. Danach betrug 2007 der gesamte Abgabenrückstand in Österreich rund 6,6 Milliarden Euro, davon waren knapp 1,7 Mrd. Euro auch vollstreckbar.<sup>208</sup>

Vorgeschriebene Steuern mit Verzögerung zu bezahlen hat seine Ursache häufig in Liquiditätsproblemen. Sie aber überhaupt nicht zahlen zu wollen, ist eine Möglichkeit, individuelles Einkommen und Vermögen auf riskante und illegale Weise zu erhöhen. Dass Steuerhinterziehung in Österreich ein Problem ist, bewies die Debatte um eine „Steueramnestie“ im Zuge der Steuerreform 2005.

Allein im Jahr 2001 wurden durch Umsatzsteuer-Sonderprüfungen 1,34 Mrd. Euro an hinterzogenen Steuern entdeckt, wobei das Finanzministerium die hinterzogene Summe am 3 bis 5 Mrd. Euro schätzte.<sup>209</sup> Die alljährliche Schätzung der Schwarzarbeit in Österreich durch den Linzer Universitätsprofessor Friedrich Schneider ergab zuletzt (2007) einen Betrag von 20,8 Mrd. Euro, wodurch dem Staat etwa 2 bis 2,5 Mrd. Euro an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen entgehen würden.<sup>210</sup>

Zusammenfassend ist festzustellen: Erwerbseinkommen haben im Wege von Steuern und Sozialabgaben ungleich höhere Beiträge zum Allgemeinwohl zu leisten als Vermögen. Die Höhe der Einkommen und ihrer Besteuerung entscheidet allerdings wesentlich über die Möglichkeit zur Vermögensbildung. Ist Vermögen einmal vorhanden oder gebildet, entzieht es sich in Österreich weitgehend steuerlicher Beiträge zum Allgemeinwohl. Die Steuerlasten liegen einseitig auf den Erwerbseinkommen und ihrer Verwendung. 93% der Steuern des Bundes kommen in Österreich von den Einkommen und ihrer Verwendung, nur 5% von den Vermögen.

<sup>207</sup> vgl. ÖGPP: „2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich“, Wien 2009

<sup>208</sup> <https://www.bmf.gv.at/Presse/7665.htm> (Stand: 21.Juni 1009)

<sup>209</sup> APA0386, 20.3.2002

<sup>210</sup> APA0276, 21.1.2008

## Zusammenfassung

In Kärnten sind im mehrjährigen Vergleich 76.000 Menschen oder 14% der Bevölkerung armutsgefährdet. Damit hat Kärnten die zweithöchste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer nach Wien und gleichauf mit dem Burgenland. Die Zahlen des Jahres 2007 liegen mit nur 11% (59.000 Personen) zwar darunter, aufgrund der Schwankungsbreite kann jedoch von keiner tatsächlichen Abnahme der Armutsgefährdungsquote ausgegangen werden.

Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat zugenommen. 30% aller Beschäftigungsverhältnisse war zuletzt (2007) nicht ganzjährig. 15% der Erwerbstätigen hatten weniger als 1.000 Euro brutto Einkommen. 28.000 konnten als „working poor“ klassifiziert werden. Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in Kärnten deutlich größer als in anderen Bundesländern.

Im Jahr 2008 waren in Kärnten mindestens 2.100 Haushalte aufgrund von Arbeitslosigkeit eines Familienmitgliedes armutsgefährdet. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld und auch die durchschnittliche Notstandshilfe liegen in Kärnten unter der Armutsgefährdungsgrenze.

Bildung verringert das Armutsrisiko: in Kärnten haben etwas mehr Personen den Abschluss eine BHS, besonders viele jedoch einen Lehrabschluss. Lediglich Pflichtschule und AHS-Matura sowie einen Universitätsabschluss haben dagegen weniger Personen als der österreichische Durchschnitt.

18,7% der PensionistInnen (etwa 24.300) waren auf eine Ausgleichszulage angewiesen. Die Höhe dieser „Mindestpension“ lag allerdings unter der Armutsgefährdungsgrenze.

11.500 MigrantInnen und Eingebürgerte sind in Kärnten armutsgefährdet. Das bedeutet, dass ein Sechstel aller Armutsgefährdeten in Kärnten Menschen mit Migrationshintergrund sind.

Nur 47% der Vorschulkinder sind in Kärnten in einer institutionellen Betreuungseinrichtung untergebracht. Während die Betreuungsquote der 0-6jährigen über dem österreichischen Durchschnitt liegt, ist jene der Volksschulkinder unterdurchschnittlich. In Kärnten ist etwa jede vierte Familie mit Kindern ein AlleinerzieherInnenhaushalt. 16.900 Erwachsene und Kinder in AlleinerzieherInnenhaushalten sind armutsgefährdet, 10.500 in Haushalten mit 3 und mehr Kindern. Insgesamt leben in Kärnten 15.000 Kinder in armutsgefährdeten Haushalten.

Arme Menschen sind häufiger krank, nehmen ÄrztInnen weniger in Anspruch, haben dadurch wiederum schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt, sie sind weniger mobil und haben eine geringere soziale Teilhabe.

Ein Drittel aller Einkommen in Kärnten kommen aus Sozialleistungen (11% aller Einkommen) und Pensionen (23% aller Einkommen). Für 182.000 Kärntnerinnen und Kärntner (34% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle. Ohne Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wären 150.000 Kärntnerinnen und Kärntner (28% der Bevölkerung) armutsgefährdet. 91.000 Menschen kommen in Kärnten durch Sozial- und Sozialversicherungsleistungen aus dem Bereich der Armutsgefährdung heraus, zumindest 59.000 bleiben dennoch armutsgefährdet. Insgesamt wären in Kärnten etwa 77 Mio. Euro pro Jahr an zusätzlichen Einkommen für die armutsgefährdeten Personen notwendig, um diese Menschen aus der Armutsgefährdung zu bringen.

Die durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben waren in Kärnten zuletzt (2004/05) im unteren Bereich der Bundesländer zu finden. Allerdings liegen in Kärnten einige wichtige Bereiche – wie etwa Ernährung, Bekleidung und Verkehr – über dem österreichischen Durchschnitt.

Die Zahl hoher Einkommen nimmt auch in Kärnten zu. 2006 hatten 25.500 ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen sowie 5.800 Selbständige hohe Einkommen. 3.800 davon konnten als einkommensreich bezeichnet werden. 2007 hat sich die Zahl auf schätzungsweise 35.000 erhöht. Das waren um rund 12.600 oder 56% mehr als noch 2002.

In Kärnten waren 2008 Geldvermögen von schätzungsweise 29,8 Mrd. Euro bei privaten Haushalten und Organisationen sowie weitere 19,3 Mrd. in Unternehmen vorhanden. Schätzungsweise 4.900 KärntnerInnen hatten Geldvermögen von mehr als 1 Million Dollar.

Das Betriebsvermögen der Wirtschaft war auf zumindest 6,4 Mrd. Euro zu schätzen, jenes der Land- und Forstwirtschaft auf 39,9 Mrd. Euro, das Gebrauchsvermögen in Form von Wohnungen auf 18,9 Mrd. Euro, jenes in Form von Kfz auf 1,1 Mrd. Euro.

## Quellenverzeichnis

- Arbeiterkammer Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich, Wien 1997
- AMS: Arbeitsmarktdaten (auf [www.ams.at](http://www.ams.at))
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland – Der 2.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, März 2005
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland – Der 3.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung,
- Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Bericht zur sozialen Lage 2001/2002, Wien 2002
- Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Bericht zur sozialen Lage 2003/2004, Wien, Februar 2005
- Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Sozialbericht 2007-08, Wien, Jänner 2009
- Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, 23.Ausgabe: August 2009
- Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse, April 2002
- Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2008 Private, Wien, Jänner 2009
- Nemeth, Claudia; Pochobradsky, Elisabeth: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004
- Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002
- Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): 2.Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien, Jänner 2009
- Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2008 – Ergebnisse des Mikrozensus, Wien 2009
- Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik Jahresergebnisse 2008 Schnellbericht
- Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik Schnellbericht 4.Quartal 2008
- Statistik Austria: Arbeitsstättenzählung 2001 – Hauptergebnisse Österreich, Wien 2004
- Statistik Austria: Bildung in Zahlen 2007/08 Tabellenband, Wien 2009
- Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004 (EU-SILC), Wien, März 2006

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, April 2007

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2006 (EU-SILC), Wien, März 2008

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2007 (EU-SILC), Wien, März 2009

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2002, Wien 2005

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2006, Wien 2009

Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2007 – Ergebnisse des Mikrozensus, Wien 2008

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Wien 2004

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Kärnten, Wien 2004

Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2008/2009, Wien 2009

Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2000, Wien 2005

Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2005, Wien 2009

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, Wien 2004

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006, Wien 2007

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, Wien 2008

Statistik Austria, Regionale Gesamtrechnungen (auf [www.statistik.at](http://www.statistik.at))

Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2007

Statistik Austria: Statistik der Krafffahrzeuge – Bestand 31.12.2006, Wien 2007

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2009

Statistik Austria: Verbrauchsausgaben 2004/05 – Hauptergebnisse der Konsumerhebung, Wien 2006

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, Wien, Juli 2004

Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1977 – 2008, Wien 2009

Statistik Austria: Wohnen 2008 – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, Jahresdurchschnitt 2008, Wien 2009

Statistik Austria: Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Wien 2006

Statistik Austria, Bundesministerium für Gesundheit: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007

Verlagsgruppe News: trend. Das österreichische Wirtschaftsmagazin, Ausgabe 7/2008

Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2009

[www.at.capgemini.com](http://www.at.capgemini.com)

[www.bmf.gv.at](http://www.bmf.gv.at)

[www.epp.eurostat.ec.europa.eu](http://www.epp.eurostat.ec.europa.eu)

[www.help.gv.at](http://www.help.gv.at)

[www.oenb.at](http://www.oenb.at)

[www.schuldnerberatung.at](http://www.schuldnerberatung.at)

[www.statistik.at](http://www.statistik.at)

## Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Erste Anerkennung erwarb sich die ÖGPP mit der Aufarbeitung und kompakten Darstellung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 27. 2004 fand vor allem der erste „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ Beachtung. Im Jänner 2009 wurde der „2. Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ präsentiert. Es folgten etliche weitere Arbeiten zur Armut in den Bundesländern. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind Wirtschaft, Staat, Bildung und Europa. 2008 erfolgte die Präsentation eines internationalen Vermögenssteuervergleichs.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage [www.politikberatung.or.at](http://www.politikberatung.or.at).

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

AutorInnen der Studie „Armut und Reichtum in Kärnten“:

Barbara Hauenschild, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP

Susanne Halmer, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP